

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

fowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 1.50 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.90.

Herausgeber: Joh. Staniak; verantw. Redakteur: Aug. Winnig, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Deisenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreispaltigen Beilagen ober deren Raum 80 3

Inhalt: Ein unmaßgebliches Urteil über die Maßnahmen zum Bauarbeiterschutz. — Die Polizei. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Mahregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bekanntmachungen der Gewerkschaften. Die Techniker. — Zentraltrafantenliste. — Vom Bau: Unfälle, Arbeitererschlagung, Subventionen usw. — Aus anderen Verufen. — Polizei und Gerichte. — Berichtedienst. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Asbestzement als Umkleidung von Eisenkonstruktionen.

Ein unmaßgebliches Urteil über die Maßnahmen zum Bauarbeiterschutz.

Es gibt allerhand überkluge Leute, die sich einbilden, alles und jedes zu kennen und die ihren Weisheitsdrang durchaus nicht zügelnd können, sondern sich anmaßen, über Dinge zu urteilen, wovon sie gar keine Ahnung haben. Soweit dies von einzelnen Personen geschieht, denen nicht besondere Machtmittel verliehen sind, ihre schrullenhaften Ideen durchzuführen oder den Versuch der Durchführung zu machen, kann man ihren Eifer unbeachtet lassen oder man tut ihrer als Kuriosum Erwähnung. Anders, wenn es sich um Personen oder Korporationen handelt, die mit gewissen Machtbefugnissen ausgerüstet sind. Wenn diese im Ueberdramatischen Tatendrang des Verordnungs- oder Kundgebungs ihres Willens die zur Wahrheit und Gerechtigkeit passen wie die Faust aufs Auge, dann ist es Pflicht jedes verständigen Menschen, dies gebührend zu kennzeichnen und das Kind beim richtigen Namen zu nennen. Wir sind heute in der unangenehmen Lage, dies in bezug auf ein Gutachten der hamburgischen Gewerkschaften tun zu müssen; unangenehm, weil es wahrlich kein Vergnügen ist, mehr als unnütze Nebenarten behandelt zu müssen.

polizeilichen Vorschriften schon der Fall ist. Gegen diesen Reichstagsbeschluss, der den Forderungen der baugewerblichen Arbeiterschaft nur zum kleinsten Teile entspricht, sind nun schon die Baugewerks-Vereinsgenossenschaften und Baugewerks-Zimmungen mit einigen dummen Nebenarten zu Felde gezogen. Nunmehr hat auch die hamburgische Gewerkschaft diese Bahn betreten. Wir würden dieser Begebenheit kaum Erwähnung getan haben, wenn die Gewerkschaft nicht ein Institut wäre, das zur Abgabe von Gutachten verpflichtet ist und wenn nicht solche Gutachten bei den Gesetzgebern schwer ins Gewicht fallen würden, unbefehdet dessen, ob die Gutachter etwas von der Sache kennen oder nicht.

Die hamburgische Gewerkschaft lässt sich also vernehmen:

Wenn die Einziehung von Bauarbeitern bei Ausübung der Baukontrolle nach dem Reichstagsbeschluss vom 22. November v. J. eingeführt werden würde, so würde die leider vorhandene Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern noch bedeutend erweitert werden; denn von den zur Ausübung der Kontrolle gewählten Arbeitnehmern würde zum größten Teile eine umfangreiche sozialdemokratische Agitation auf den Baustellen ins Werk gesetzt werden, der Arbeitgeber aber würde dem machtlos gegenüberstehen. Die Kammer glaubt folgende Hauptgesichtspunkte zur Beurteilung der Sachlage hervorheben zu sollen: Die Arbeiter sind zur Kontrolle der Bauten nicht geeignet, weil sie die dazu notwendigen Kenntnisse im allgemeinen nicht besitzen. Die Forderung der Arbeiterkontrollen hat kein direkt praktisches Ziel, sondern eine politische Propaganda im Auge, um für die Agitation noch mehr Boden zu gewinnen. Die Stellung eines Arbeiterkontrollors würde lediglich eine Sinekure für sozialdemokratische Parteitaglanten werden, die natürlich ihren Hauptberuf auch bei der Ausübung der Baukontrolle nicht vernachlässigen dürften. Es würden sich also ähnliche Verhältnisse entwickeln, wie bei der Krankenversicherung mit der Herrschaft der Sozialdemokratie in den Drabantenkassen. Aus den angeführten praktischen wie politischen Gründen erscheint der Gewerkschaft die Bitte um Ablehnung des Reichstagsbeschlusses für vollumfänglich gerechtfertigt.

Mit diesen platten Scharfmaacherreden glaubt die hamburgische Gewerkschaft ein ureigenes Recht der Arbeiter und eine Institution abtun zu können, die sich in anderen Staaten trefflich bewährt hat und dort längst eine soziale Notwendigkeit geworden ist. Die hamburgische Gewerkschaft scheint nie etwas davon gehört zu haben, daß das bayerische Ministerium eingehende Erkundigungen über die Tätigkeit der dort seit Jahren angestellten Baukontrolleure aus den Kreisen der Arbeiterschaft eingezogen und daß es nur erprobliches darüber gehört hat, und daß auf Grund dieser Erhebungen alle Bemühungen des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister zur Befestigung der Arbeiterkontrollen glatt unter den Tisch gefallen sind. Ebenso wenig scheint die Gewerkschaft eine Ahnung davon zu haben, daß seit dem Bestehen der Kontrolle durch Arbeitervertreter die bis dahin ganz ungenügend hochstehende Unfallziffer im Bereich der bayerischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft ganz erheblich gesunken ist. Das ist lediglich der Tätigkeit der Arbeiterkontrollen zu verdanken. Die Bauarbeiterkommission in München hat im vorigen Jahre festgestellt, daß im Jahre 1905 die zehn

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Extrabeitrag.

Eine Konferenz des Verbandsvorstandes mit dem Verbandsauschuss und den Gewerkschaften hat, gestützt auf § 19 des Statuts, beschlossen, für die Mitglieder des Verbandes einen Extrabeitrag auszusprechen. Die hierfür festgesetzten Normen sind folgende:

- 1. Der Beitrag beträgt: für die 1. und 2. Beitragsklasse M. 3, " " 3. " 4. " " 4, " " 5. " 6. " " 5, " " 7., 8. und 9. " " 6

und ist zu zahlen in zehn Wochenraten während der Zeit vom 27. Juli bis 30. September 1907.

Die Einziehung des Beitrages ist in Verbindung mit der Einkassierung des durch Statut festgesetzten Verbandsbeitrages vorzunehmen. Wöchentlich sind zu zahlen:

- in der 1. und 2. Beitragsklasse 30 ¢, " " 3. " 4. " 40 ¢, " " 5. " 6. " 50 ¢, " " 7., 8. und 9. " 60 ¢

2. Von der Zahlung des Extrabeitrages befreit sind die unter den § 26 des Statuts fallenden Mitglieder. Außerdem sind frei solche Mitglieder:

- a) die an Streik- und Aussperrungsorten in Arbeit stehen und verpflichtet sind, besondere Streikbeiträge zu leisten; b) die infolge Arbeitsmangels, Krankheit oder Streik arbeitslos sind, wenn die Arbeitslosigkeit in einer Woche drei Tage überschreitet und dem Zweigverein sofort mündlich oder schriftlich gemeldet wird.

In den Fällen unter a und b kommt während der Erhebungsperiode für jede Woche Arbeitslosigkeit von dem Gesamtbeitrag eine Wochenrate in Abzug.

3. Der Extrabeitrag wird durch besondere Marken quittiert. Die Marken sind ins Mitgliedsbuch zu kleben, und zwar auf die Quittungsseite für 1907 unter die Rubrik: „Für besondere Zwecke der Zweigvereine“.

Die Beitragsbefreiung wird an derselben Stelle durch eine Marke mit der Aufschrift: „arbeitslos“ kenntlich gemacht.

Wir schreiben den vorgenannten Extrabeitrag hiermit aus und machen darauf aufmerksam, daß jedes Mitglied zu dessen Zahlung verpflichtet ist. Die Nichtzahlung zieht den Verlust aller Rechte an den Verband nach sich. Unterstützungen irgend welcher Art werden nur gezahlt, wenn neben dem Verbandsbeitrag auch der fällige Extrabeitrag bezahlt ist.

Die erste Wochenrate ist spätestens Sonntag, den 28. Juli, zu zahlen. Die zur Quittierung des Extrabeitrages erforderlichen Marken werden den Zweigvereinen frühzeitig ohne vorherige Bestellung zugesandt.

Hamburg, Anfang Juli 1907.

Der Verbandsvorstand.

Im Auftrage: Th. Bömelburg.

städtischen Kontrolleure (Arbeiter) an 2980 Arbeitstagen 3002 Bauten 33 256 mal kontrolliert haben, also jeden Bau durchschnittlich 11 mal (eine nette „Sinecure für sozialdemokratische Parteigänger“), während die neun technischen Beamten der Baugewerks-Vereinsgenossenschaft in derselben Zeit von 2656 Arbeitstagen an 2183 Tagen mit Bureauarbeiten beschäftigt waren, so daß nur 473 Tage für Betriebskontrollen übrig blieben; natürlich konnte auch diese Zeit nicht der Bautenkontrolle allein gewidmet werden, sondern auch die Stetueh-, Zimmerplätze u. müssen ja von den technischen Beamten „kontrolliert“ werden. Auch davon weiß die hamburgische Gewerbestammer nichts, wie sie auch nie davon gehört zu haben scheint, in wie anerkennender Weise sich der württembergische Minister von Pischel und andere württembergische höhere Beamte, die etwas von der Sache verstehen, über die Wirksamkeit der Bautenkontrolle durch Arbeiter ausgesprochen haben. Das württembergische Ministerium hat durch seinen Vertreter, den Oberbaurat Findeisen, auf dem 21. Delegiertentage der Baugewerks-Vereinsgenossenschaft ausdrücklich erklärt, daß von den Kontrolleuren aus dem Arbeiterstande in keiner Weise einer sozialdemokratischen Propaganda in die Hände gearbeitet worden sei.

Das alles sind böhmische Dörfer für die hamburgische Gewerbestammer; sie kennt nur die „Belebens- auskünfte“ der Innungen, „Arbeitsverbände“ und Baugewerks-Vereinsgenossenschaften. Daraus schöpft die Gewerbestammer ihre „objektive Sachkenntnis“, die sie dann in Form von „Gutachten“ ihrer vorgelegten Verbände und durch diese den gesetzgebenden Körperschaften verzapft.

Die Polizei.

In Deutschland herrscht nicht das Gesetz, sondern die Polizei. Das Gesetz bedeutet es in seinem feinen Paragrafen, Streitposten zu setzen, aber die Polizei tut es. Offenbar ohne jedes Recht dazu; das ändert aber nichts daran, daß sie auf diese Weise das Koalitionsrecht der Arbeiter stark beschneidet, oft ganz aufhebt. Auf dem Papier haben wir ein, wenn auch höchst unzulängliches Vereins- und Versammlungsrecht — in der Praxis macht die Polizei den Arbeitern den Gebrauch dieses Rechtes unmöglich. Im Gesetz haben wir bestimmte Artikel über die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit — die Polizei kann sich darüber hinwegsetzen, kann die persönliche Freiheit des Staatsbürgers zu einem wesenlosen Luftgebilde machen. Das Gesetz erklärt die juristische Gleichheit aller Staatsbürger als einen Fundamentaltatbestand unserer öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens — die Polizei spottet dieser Gleichheit und handelt, wie es ihr gerade für angemessen erscheint. Wir spotten und wägen über die Befehlskraft fremder, z. B. russischer Behörden — wer sich bei uns ungelesen und

besonders unserem Polizeiwesen eine größere Aufmerksamkeit gewidmet hat, weiß, daß auch wir Deutschen uns damit sehen lassen können. Die Polizei ist in Deutschland nicht allmächtig, aber sie ist die mächtigste aller Behörden. Was macht sie sich daraus, daß alle Jahr einmal ein Vollzeitsland zum Himmel flinkt, daß ab und zu mutige Richter das polizeiliche Treiben verurteilen, daß sich auch bürgerliche Kreise von Zeit zu Zeit über allzu schmutzige Polizeifreibeiten enträsten? Uns kann keiner! Das alles sieht die Polizei nicht an und ändert sie gar nicht. Die Skandale werden alt, die Urteile vergessen, die Entrüstung verhaucht, aber die Polizei steht nach wie vor auf ihrem Piefelsfuß, doch erhaben über Gesetz und Recht.

Wir sagten, daß auch aus den bürgerlichen Kreisen oft Entrüstungsdreie erklingen, wenn es die Polizei zu arg mache; das ist allerdings etwas viel gesagt und in jedem Falle kann man sich nicht darauf verlassen. Als vor einiger Zeit die Vollzeitsproben in Saarbrücken in dem Prozeß Hilger-Strämer vor aller Welt an den Schauplatz geschlagen wurde, da vernahm man auch von anderen Leuten als Sozialdemokraten, daß „so etwas“ denn doch nicht mit den Prinzipien eines Rechtsstaates wie Deutschland zu vereinbaren sei. Jetzt ist vor einigen Tagen ein noch weit schärferes System polizeilicher Willkür aufgedeckt worden, aber diesmal lautstark und bergleib nach Protesten von jener Seite. Die Sache hat allerdings die Erklärung dafür in sich selbst: in dem Prozeß Hilger-Strämer handelte es sich um die Vergewaltigung des damals noch nicht „aminationalen“ Zentrums, in dem letzten Prozeß, dem Prozeß Müller-Medlinghausen, Hagien freie Gewerkschaftler der Medlinghäuser Polizei unerhörter Willkür an.

Dieser Prozeß bedarf einmal die empörende Wirkkraft auf, die seit dem ersten Auftreten der modernen Arbeiterbewegung in Medlinghausen dort geherrscht hat. „Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenne auch den Verfasser!“ Wer jemals in jener Gegend für die Arbeiterbewegung tätig war, wird die Medlinghäuser Polizeiwirtschaft kennen. Hatte er etwa aus gläubigeren Besitzern den Glauben mitgebracht, daß z. B. die verheerenden Bestimmungen auch in Medlinghausen gelten, so wurde er ihn bald los. Was in dieser Hinsicht geleistet wurde, kam in den zweitägigen Verhandlungen vor dem Landgericht zu Bochum wenigstens zum Teil zur Sprache. Zum Teil, denn es kamen hauptsächlich die Schöffen, mit denen man den alten Bergarbeiterverband verfolgte, an den Tag; so wie es dieser Gesellschaft erging, ging es auch unserem Verband, dem der Bauhilfsarbeiter u. a. Der Gegenstand des Prozesses war eine angebliche Verleumdung des Polizeikommissars Johnson aus Medlinghausen durch den Vertrauensmann Müller des Bergarbeiterverbandes. Als Johnson einmal wieder eine Versammlung der Bergarbeiter aufsuchte, rief Müller in recht begrifflicher Erregung: „Das ist eine Niedertrachtigkeit!“ Deshalb wurde Müller als Polizeibekämpfer angefaßt und vom Schöffengericht Medlinghausen zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil legte Müller Berufung ein. Die

Berufungsverhandlung fand am 19. und 20. Juni vor der Bochumer Strafkammer statt. Hier wurden satirische Bilder aus einem westfälischen Kohlenbezirk entführt, die den Entfaltungen im Krämer-Hilgerprozeß nichts nachgeben. Über 60 Zeugen waren geladen.

Zur Charakteristik der Medlinghäuser Polizeipraxis seien einige Passagen aus dem Verhandlungsbericht zitiert.

Zunächst verdient die Tatsache festgestellt zu werden, daß die Stadtverwaltung in diesem Netz in den Händen der Zentrums-partei ist. Die übergroße Mehrheit der Stadtvorordneten gehört dieser Partei an, die sich natürlich auch die Beamten nach ihrem Gesinnung auswählt. Die Verantwortung für das Treiben der Polizei trägt also das für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ kämpfende Zentrum. Die freien Gewerkschaften hatten stets unter dem Totalmangel zu leiden. Nicht etwa, daß es in Medlinghausen keine gäbe, es sind schon genug vorhanden; aber die Polizei ätzt ein scharfes Regimant und wußte den Wirten so viel Mühen beizubringen, daß sie uns die Säle strikte verweigerten. Als unsere Kollegen im Sommer 1904 dort ausgeperrt wurden, mußten wir die Ausschließung der Streikarten auf den Landstraßen vornehmen, weil uns jedes Lokal, auch gegen angebotene Bezahlung verweigert wurde. Die Einschüchterung der Wirte kam auch in diesem Prozeß zur Sprache. Hatte es einmal ein Wirt gewagt, uns sein Lokal zu überlassen, so wurde ihm mit der Schaupolizei, mit der Herabsetzung der Polizeistunde, mit Nichtgenehmigung von Vergnügen usw. gedroht, und die Drohung wurde un-nachlässig ausgeführt, wenn sich der Mann nicht fügte. Sobald der betreffende Wirt würde war, hörten auch sofort die Schlichtungen auf. Um die Sache zu vereinfachen, berief „man“ eine Versammlung der Wirte ein, wo sich alle anwesenden Wirte bei einer Konventionalprobe von M. 600 verpflichteten, die freien Gewerkschaften nicht aufzunehmen. Zu den Wirten, die der Verammlung nicht beizuhören, kamen Polizeibeamte, die ihnen eine Liste zur Einschreibung präsentierten, wonach sie erklärten, sich der Vereinarbeitung auszusprechen. Ein anderer Späri der Polizei bestand darin, bekannte Gewerkschafter aus ihren Wohnungen zu vertreiben. So erging es z. B. auch dem Kollegen Wendler, der dann richtig seine Wohnung von Medlinghausen nach Ferne verlegen mußte; so verurteilte es die Polizei auch bei dem Bergarbeiter Ebnickhöhm; in diesem Falle hatte der Hauswirt jedoch Soutage, die Mühseligkeit abzuheben. Die Polizei ging aber noch weiter und verurteilte auch, bekannte Gewerkschafter aus der Arbeit zu bringen. Hierfür einige Beispiele:

Bürgermeister Heuser befandete unter anderem auf Vorhalt, daß einem Buchbindergehilfen Heim mit folgenden Worten von seinem Meister Wegeloff gekündigt wurde: „Mein lieber Heim, es tut mir leid, aber im Namen der Polizei muß ich Ihnen kündigen!“

Arbeiter Kreisförmig jagte aus: Als er in einer Versammlung als Redner auftrat, sei seine Arbeitgeberin gleich nachher zur Polizei geladen und ihr dort gerufen worden, ihn zu ent-

Asbestzement als Umkleidung von Eisenkonstruktionen.

Von Fred Soob. (Nachdruck verboten.)

Asbestzement, der — wie die Bezeichnung schon andeutet — aus einem Gemisch von Asbestfasern und einem Zement besteht, das zu einem plastischen Brei angerührt werden kann — findet schon seit vielen Jahren in ziemlich unvollkommener Weise Anwendung zur feuerfesteren Umkleidung eiserner Konstruktionen. Wie bei allen dazugehörigen Baustoffen zur feuerfesteren Ummantelung gehen auch hier die Ansichten der Sachverständigen über die größere oder geringere Wirksamkeit dieses Stoffes auseinander. Dieser Umstand, daß Zement an sich schon einen guten Feuer-schutzmantel bildet, und die Asbestfaser auch bei hohen Temperaturen unverbrennlich ist, bedingt noch keineswegs zu der Annahme, daß derartige Mischungen oder Kombinationen ohne weiteres einen hohen Grad der Feuerfestigkeit aufweisen müßten. Abgesehen von sonstigen Erfahrungen einzelner Personen sind hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit von Baustoffen und Baukonstruktionen gegen Angriffe des Feuers namentlich die im Auftrage des Hamburger Senats in den Jahren 1892 bis 1893, und 1895 ausgeführten Versuche maßgebend. Diese erstreckten sich zwar fast ausschließlich auf belastete Stützen — aber auf die Widerstandsfähigkeit der tragenden Konstruktionen im Feuer wird es auch im wesentlichen ankommen. Bei diesen Versuchen zeigte es sich, daß die mit 4 cm starkem Mantel aus Asbestzement versehenen Stützen die Tragfähigkeit durchschnittlich nach vierstündiger Brandprobe vollkommen einbüßen. Als sehr bedeutend kann man diese Widerstandsfähigkeit nicht bezeichnen; denn es kommt bei großen Bränden sehr häufig vor, daß die Feuerwehre zehn und zwanzig Stunden, ja sogar mehrere Tage braucht, um des Feuers Herr zu werden. Wären die Stützen also schon bei heftigen Bränden nach drei bis vier Stunden zusammen, so wird die Vöschmannsheit ihr Rettungswert nur in sehr beschränktem Umfang vollführen können. Andererseits ist aber zu berücksichtigen, daß man bei den Versuchen mit sehr hohen Temperaturen arbeitete; die Außenfläche des Mantels erreichte eine Höhe von 1200 Grad C. Die bedeutende Erhitzung bewirkte die Bildung von Rissen, und durch Anspringen mit kaltem Wasser trat schließlich vollständige Zerstörung der Konstruktion ein.

Weit günstigere Erfahrungen machte man mit derartigen Ummantelungen bei den bekannten Studeschon

Brandversuchen, die im Jahre 1893 in Berlin betrieht wurden. Der höchste Wärmegrad betrug hierbei nur 1000 Grad C., und der Versuch währte eine Stunde. Die Konstruktion wurde durch das Ablösen überhaupt nicht beschädigt. Auch die Altonaer Feuerwehre erzielte günstige Resultate; in Stettin konstatierte man Feuerfestigkeit der ummantelten Konstruktionen, doch wurde auch hier festgestellt, daß die erhöhte Konstruktion ihre Widerstandsfähigkeit einbüßt, wenn sie von dem kalten Strahl des Wasserdampfes getroffen wird. Man wird daraus den Schluß ziehen können, daß man Ummantelungen aus Asbestzement zwar zu den feuerfesteren Baustoffen rechnen darf, daß man aber zu hohe Ansprüche an dies Material nicht stellen kann.

Hinsichtlich der Ausführung von Ummantelungen aus Asbestzement ist folgendes zu beachten. Man hat zwei Sorten des pulverförmigen Materials zu unterscheiden, nämlich die als schnellbindend bezeichnete Marke A und die als langsam bindende Marke B. Beide werden ohne jeden weiteren Zusatz mit Wasser angerührt, und zwar kommen auf 100 kg Pulver der Marke A etwa 40 kg Wasser, auf die gleiche Menge Pulver der Marke B etwa 35 kg.

Die Ummantelung eiserner Stützen mittels Asbestzement kann in manigfacher Weise erfolgen. Man teilt in seinem Buche über den Schutz von Eisenkonstruktionen gegen Feuer eine recht zweckmäßige Konstruktion mit, der ich auch eine große Feuerbeständigkeit glaube zusprechen zu müssen; aber ziemlich kostspielig dürfte diese Konstruktion doch werden. Man wird sie anwenden, wo es sich um eine geringere Zahl von Stützen handelt, denen man einen recht wirksamen Schutz gewähren will. Es handelt sich in dem gewählten Beispiel um eine schmiedeeiserne Stütze, deren äußere, durch die Planen der U-Träger oder T-Träger gebildeten Hohlräume mit Wismutstein oder Schwemsteinen ausgefüllt und mit vergütetem Drahtgesteht von etwa 20 bis 25 mm Maschenweite bezw. mit Strohmatte umgeben werden. Diese Konstruktion bildet die Grundlage für den Asbestmantel. Die Verkleidung mit Wismutstein oder Schwemsteinen genügt schon an sich einem ziemlich bedeutenden Schutz gegen die Angriffe des Feuers, und es ist daher anzunehmen, daß derartige Schutzbelegungen zu weit günstigeren Resultaten führen würden, als man sie bei den Brandproben erzielt hat. Im allgemeinen wird man sich wohl damit begnügen, die Konstruktion lediglich mit einem Drahtgesteht zu umgeben, das zur Aufnahme des dreiförmigen Asbestzements geeignet ist.

Man empfiehlt die Ausführung seiner Konstruktion in folgender Weise: Zwischen Säule und Drahtgesteht

bleibt ein Zwischenraum von etwa 2 cm, der sich beim Aufbringen des Mörtels mit diesem füllt, so daß das Gesteht vollkommen in die Schutzmasse eingebettet wird. Damit ein gleichmäßiger Abstand zwischen Drahtgesteht und Eisenkonstruktion gewahrt bleibt, werden Stübe aus Asbestzement, die schon drei Tage vor Aufbringen der Schutzmasse angefertigt wurden, hinter das Drahtgesteht gesteckt und auf diese Weise mit in die plastische Masse eingebettet. Bei dieser Ausführung genügt es, den Asbestzementmantel 2 1/2 cm stark zu fertigen. Sollen in dem betreffenden Raume besonders feuergefährliche Gegenstände untergebracht werden, so empfiehlt es sich, den Mantel 4 cm stark herzustellen. Da für beratende Arbeiten nur der langsam bindende Zement Verwendung finden kann, so ist es verhältnismäßig schwer, auf einmal die starke Schicht von 4 cm aufzubringen — man stellt daher eine Doppelschicht her. Nur muß man dann für eine innige Verbindung der oberen Schicht mit der Grund-lage Sorge tragen. Die erste Schicht darf beim Auftragen der zweiten noch nicht erhärtet sein, auch muß die etwa entstandene bläuliche anscheinende Haut abgeschabt werden. Etwa drei Tage nach Vollendung der Säule ist diese fertig anzusehen.

Mehrlagige Ummantelungen führt man auch bei eisernen Unterzügen aus, doch verwendet man hierbei den schnell bindenden Asbestzement, wie dies in der Natur der Konstruktion liegt. Dieses schnell erhärtende Material bindet aber natürlich auch im Mörtelbehälter schnell ab — es gilt daher als Regel, nicht mehr von der dreierartigen Masse zu bereiten, als man in zehn Minuten verarbeiten kann. Viele geben einer Mischung von Kieselgumment und Asbestfaser den Vorzug, die auch mit Wasser an Ort und Stelle angerührt wird. Man bringt auf die Eisenkonstruktion eine zwei bis drei Zentimeter starke Schicht, auf diese das Drahtgesteht, das nunmehr mit einem besonderen Mörtel verputzt wird. Der Mörtel besteht in diesem Falle aus Zement, Kieselgum, Asbestfaser und Chamotte. Es wird einleuchtend, daß die mehr oder minder günstigen Erfahrungen auch im wesentlichen von der gründlichen und sachgemäßen Mischung der Stoffe abhängen, mehr aber noch von der Verbindung des Schutzmaterials mit der Eisenkonstruktion, bezw. den angewandten Zwischengliedern, der Ausmauerung usw. Das ist ja der Bestandteil bei vielen Brandproben, daß die Ausführung der Versuchssubjekte sich mit den Baukonstruktionen der Praxis so wenig decken. Im allgemeinen werden so un-günstige Faktoren, wie sie bei Brandproben auftreten, in der Praxis höchst selten einmal in Frage kommen.

lassen. Zuerst habe die Frau sich gewepigert; dem wiederholten Drängen der Polizei habe sie dann aber schließlich nachgegeben. Frau Med. deren Mann auch mehrfach entlassen wurde, war bei einem Betriebsführer, der ihr zu versetzen gab, die Entlassung sei infolge einer Mitteilung der Polizei erfolgt! Als Red. auch von seinen neuen Arbeitsplätzen immer wieder entlassen wurde und die Frau sich in höchster Not befand, sei sie zum Polizeikommissar Appellborn gegangen, der ihr gesagt habe: „Sorgen Sie dafür, daß Ihr Mann eine andere Gesinnung kriegt, dann will ich schon dafür sorgen, daß er gute Arbeit bekommt.“ Zeugin will darauf geantwortet haben: „Für Arbeit wird mein Mann schon selbst sorgen; lassen Sie ihn nur in Ruhe.“ Der Kommissar bekräftigt zwar den Vorfall, Zeugin behauptet aber bestimmt, daß sie die Wahrheit gesprochen habe.

Das Oberhaupt dieser Musterpolizei ist der Bürgermeister Häuser. Diesen fragte der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine: „Wenn Sie davon Kenntnis erhalten, daß ein Unterbeamter einen Brief an die Grubenverwaltung schreibt, auf Grund dessen ein braver Familienvater entlassen wird, würden Sie das rügen?“ Auf diese Frage schwieg der Bürgermeister!

Aus der Fülle der bezeichnenden Vorgänge sei noch einer herausgegriffen. Als sich die Gewerkschaften garnicht mehr helfen konnten, gelang es ihnen, die unteren Räume eines Hauses zu mieten, das vor mehreren Jahren von dem Bauunternehmer Schärer erbaut worden war. Gewöhnliche Menschenkinder sind der Meinung, ein Haus dürfe nur nach der vollständigen haupolizeilichen Gebrauchsnahme bezogen werden. In Necklinghausen ist das anders. Dort wurden nur die oberen Stockwerke des betreffenden Hauses haupolizeilich abgenommen, zu Wohnzwecken geeignet erklärt. Das Untergeschoß aber, worauf doch die Sicherheit auch der oberen Stockwerke beruht, wurde wegen verschiedener Mängel nicht haupolizeilich freigegeben, dabei blieb es jahrelang. Obgleich nun das Untergeschoß haupolizeilich nicht als gebrauchsfähig freigegeben war, konnte doch dort eine Schreinerwerkstatt und ein Muttermüllbagger eingerichtet werden! Der als Zeuge vernommene städtische Bauwart Bongard gab zu, daß sei vorwärtswidrig. Aus den vom Bürgermeister Häuser dem Gericht vorgelegten Akten ging hervor, daß die Polizeibehörde von der Schreinerwerkstatt in dem polizeilich nicht abgenommenen Räume Kenntnis hatte. Deshalb dieser geschehene Zustand gebildet wurde, blieb das Geheimnis der Polizei.

Als die freien Gewerkschaften das Untergeschoß gemietet hatten, wurden kurz darauf nicht nur das, sondern auch neue und schwere Baumängel entdeckt, die das Benutzen der Räume nach Ansicht der Polizei lebensgefährlich machten! Man besetzte die Schreinerwerkstatt und Müllbagger befinden sich lange Zeit in dem polizeilich nicht genehmigten Lokal, an einer auch von den Polizeibeamten vielbenutzten Straße. Es wird nicht eingeschritten, Sowie aber die freien Gewerkschaften das Untergeschoß mieten, erinnert sich die Hauptpolizei ihrer Pflichten.

Der Prozeß endete damit, daß das Urteil des Schöffengerichts bestätigt wurde. Das ist aber in diesem denkwürdigen Prozeß nichts als eine flüchtige Episode. Das Schauspiel, die Necklinghäuser Polizeiwirtschaft einmal vor aller Welt bloßzustellen, ist mit einer Woche Gefängnis nicht zu teuer erkauft. Es wäre es, wenn es nur der Verteidigung müßiger Neugier oder der Standschutz dienen würde, aber diese Bloßstellung zeigt, wie die gesetzlichen Rechte der Arbeiterschaft in einer Zentrumsdomäne und von Zentrumsbehörden verweigert werden; und darum ist dieser Prozeß für die politische Aufklärung der Arbeiterschaft von unschätzbarem Werte. Angehörige derselben Partei, die sich bei den Wahlen als die ehrliche Vertreterin der Arbeiterinteressen ausgab, haben in Necklinghausen an die Stelle des Gesetzes die Willkür, an die Stelle des Rechts die Rechtslosigkeit gesetzt! Der Staatsanwalt glaube freilich, diese Wirtschaft noch verteidigen zu müssen. In seinem Plaidoyer sagte er aus: „Die Partei, die die Monarchie abschaffen will, die das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln den rechtmäßigen Besitzern nehmen will, eine Partei, die an dem Sturz unserer ganzen Gesellschaftsordnung arbeitet, eine solche Partei kann doch nicht wie harmlose Vergnügungsvereine behandelt werden. So, es ist richtig, sie ist nicht gleichmäßig behandelt, sie soll auch nicht gleichmäßig behandelt werden! Soweit es nur irgend mit den gesetzlichen Bestimmungen im Einklang zu bringen ist, soll den verwerflichen Tendenzen dieser Partei entgegengetreten werden. Davon wird sich auch die Necklinghäuser Polizei durch das ganze Geschehene nicht abbringen lassen!“

Das ist der Geist des Klassenhaßes, der Geist der Klassenjustiz, der aus diesen Worten spricht.

Man kann diese Epistel von der Polizei nicht schließen, ohne der Wille zu geben, die die christlichen Gewerkschaften dabei gespielt haben. Sie haben sich diese Wirtschaft bis heute gefallen lassen, haben die Vorteile schamlos eingekesselt, die sie von der Anechtung der freien Gewerkschaften hatten, ja sie haben die Polizei in ihrem Wüten gegen unsere Kollegen durch Spionendienste unterstützt!

Und der Lohn dafür? Nun in dem Termin wurde festgestellt, daß:

1. die Polizei christliche Gewerkschaften in einem Lokale duldet, während sie eine Versammlung des alten Verbandes dort aufsteht, weil das Lokal nicht den haupolizeilichen Bestimmungen genügt,
2. die Polizei Ausweilungsverfügungen gegen fremde Arbeiter zurücknimmt, wenn sich diese dazu verhalten, in die christlichen Gewerkschaften überzutreten,
3. Polizeibeamte auf Arbeiter eingewirkt haben, aus den freien Gewerkschaften auszutreten und sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen,
4. ein Polizeikommissar den christlichen Gewerkschaften unterlag hat, in ihren Versammlungen Altbündlern das Wort zu erteilen.

Geschichtliche Feststellungen sind sehr unangenehme Dinge; sie stehen unerbürdlich fest und lassen sich weder drehen noch umbenken. Der Terrorismus, der in Necklinghausen geübt wurde, ist zehnmal schlimmer, als die gelegentlichen Entlassungen einzelner Mitglieder unseres Verbandes, über die die Christenpresse jedesmal ein so wüstes Geschrei erhebt. Wird sie auch diesen Terrorismus beurteilen, der von ihren Leuten, Beamten und nicht Beamten, seit Jahren geübt worden ist?

Wirtschaftliche Rundschau.

Wesentliche Stimmungen an den Börsen — Produktion und Dividendenstimmungen — Erneuerungen von Verbänden — Getreide, Eisen, Kohle.

Wald Regen, bald Sonnenschein — noch immer ist das richtige Liebergangswetter vorherrschend, ohne daß eine bestimmte Richtung klar und deutlich die Oberhand behält.

Die Börsen des Kontinents und Englands haben den russischen Staatsreich ohne besondere Erschütterung überstanden. Die Berliner Börse zeigte in der letzten und vorletzten Juniwoche sogar eine Besserung der Kursstimmung. Aber Mitte Juni begann Paris unter einem schweren Kurssturz zu leiden, teils wegen der bereits früher erwähnten Zusammenbrüche in Ägypten, in dem noch immer neben dem englischen viel französisches Kapital angelegt ist, teils wegen der Wägenunruhen im Südwesten Frankreichs, die eine Zeit lang in ernstlichen Aufständen und politischer Loslösung der „verbündeten“, agrarisch notleidenden Departements zu enden drohten. In London sanken gleichfalls die ägyptischen Bank- und Landwerte rapid; dazu kamen die Beschränkungen wegen der südafrikanischen Gelddrucknot, nachdem General Botha, als Ministerpräsident Kransbaas, die Wiedergabe der südafrikanischen Grubenarbeiter auf das bestimmteste angefordert hatte. Auch Newyork, blieb flau, und auf die dortige Leihkapitalnot und Wertenzurückhaltung fällt ein grelles Licht durch den vorläufigen Mißerfolg bei der Begebung einer Newyorker Stadtanleihe: Die großen Kreditbanken hatten für den jetzigen ungünstigen Zeitpunkt die Vermittlung abgelehnt, am 28. Juni liefen auf die zu Paris angebotenen vierprozentigen städtischen Bonds im Betrage von 20 Millionen Dollar nur 60 000 Aktien im Gesamtbetrag von 2½ Millionen ein.

Ferner deutet es, nach alter Erfahrung, jederzeit auf schlecht Wetter, wenn bei den Aktionärversammlungen und ähnlichen Gelegenheiten die Auseinandersetzungen und die Umtriebsverlegungen sich häufen, ohne daß schon immer direkte Verluste und Fehlbeträge vorzuliegen brauchen, und wenn Gerüchte, wie die über Ägypten und die gelbgebende Dresdener Bank, nicht löslichen wollen. So kam es in den letzten Tagen zu scharfen Zusammenstößen auf der Generalversammlung der Berliner City-Aktienbankgesellschaft; fünf Mitglieder des Aufsichtsrates verzichteten schließlich auf ihr Amt. Die in Essen versammelten Aktionäre der Castrop-Sprengstoff-Fabrik ließen ihren früheren Direktor Wolpert überhaupt zur Beratung verweigert; man setzte eine dreigliedrige Prüfungskommission ein. Die Marienburger Privatbank, die viel mit kleineren und mittleren Spargern zu tun hatte, soll durch Unterfugungen, Kurs- und andere Verluste glänzend ein Defizit von etwa vier Millionen Mark zusammengeerbt haben; gegen den Prokuristen Schneider ist ein Haftbefehl erlassen, der Gesellschaftsrechte ist schon verhaftet. Die Berliner Bankfirma Karl Ritz meldete ihren Konkurs an; sie hat, wie man sagt, besonders an Beteiligungen bei Biegeleien und inbustriellen Unternehmen viel Geld verloren. Ihr vorangegangener war das Bankhaus Karl Hoeller in Anklam.

Dazwischen laufen jedoch immer wieder die günstigeren Nachrichten. In Deutschland sind die Baumwollspinnereien und webereien außerordentlich lebhaft beschäftigt; Bestände sind nicht vorhanden, so daß die Abnehmer nur durch bessere Preisangebote sich ihren nächsten, noch nicht vorgeordneten Bedarf sichern können. Wichtig in der Fabrikation von Wirt- und Strumpwaren. Der deutschen Keimindustrie, Spinnerie wie Weberei, soll es geradezu unmöglich sein, der Nachfrage zu genügen, trotz gesteigerter Einfuhr ausländischer Keimfabrikate. In England haben die Garmpreise eine solche Höhe erreicht, daß der Ausfuhr der Webereien von Nordlancashire den Mittelwebern eine vierzehntägige Stilllegung innerhalb der Zeit bis Ende Oktober empfehlen will.

Die Dividendenstimmungen für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr bringen allmählich in die Defensivität, und bisher stehen sie dem vorangegangenen Geschäftsjahr 1905/06 in keiner Weise nach; dieselben übertrafen sie daselbst. So stellen in Aussicht: Bauarbeiten 12 pSt. (wie im Vorjahr), Bochumer Verein für Bergbau und Hüttenfabrikation 16½ pSt. (i. B. 15 pSt.), Rheinische Stahlwerke 15 pSt. (i. B. 12 pSt.), Harpener Bergbau- u. Hütten-Ges. 12 pSt. (i. B. 11 pSt.), Dortmund Union Wit. C. 2 pSt. (wie i. B.), Böhm. u. W. Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb, keinesfalls unter 15 pSt. (wie i. B.), Bombardier Hüttenwerke mindestens 14 pSt.

(i. B. 14 pSt.), Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft 11 pSt. (i. B. 11 pSt.).

Nach Stoff man auf immer neue Wege für den ausbauenden Bogen des Unternehmungskapitals. Zu allen sonstigen unvollständigen Verkehren ist jetzt in Berlin der ausgearbeitete Plan getreten, die größte weltliche Vorkortsbahn unterirdisch von der bisherigen Berliner Endstation, dem Potsdamer Bahnhof, weiterzuführen bis zum Anfangsbahnhof der nördlichen Vorkortslinien (dem Stettiner Bahnhof) und alsdann, immer unter Festhaltung des elektrischen Antriebes, auf der nördlichen Vorkortlinie weiter laufen zu lassen. Auf Anregung der Berliner Akkumulatorenfabrik wurde seinerzeit eine Aktiengesellschaft gegründet, die durch elektrisch betriebene Flußfahrzeuge, Entladungstrane und sonstige Lade- und Transporteinrichtungen die Zufuhr der Passagiere, vor allem der Biegel- und Kalksteine, auf den Wasserstraßen von Grund auf modernisieren will — wobei allerdings viel Mühen und Restamtschaff mit unterzulassen scheint. Die Hamburg-Amerika-Linie hat bei der Weltausstellung von Harland u. Wolff einen Dampfer in Bestellung gegeben, der selbst die Abmessungen des neuen Turbinenschiffes der Cunardlinie übertreffen soll; das Schiff erhält eine Länge von ca. 785 Fuß bei 88 Fuß Breite und einen Tiefgang von 35 Fuß; es soll im Jahre 1910 in Dienst gestellt werden. Von der Raurahütte meldet die „Kattowitzer Zeitung“, daß ein neuer Hochofen, der fünfte, und zwar von außerordentlichen Dimensionen zur Zeit ausgeführt werde. Der Hochofen ist bereits soweit fertiggestellt, daß er im Herbst angeblasen werden kann. Der nach ganz neuen Konstruktionen hergestellte Hochofen wird in 24 Stunden etwa 2600 Zentner Roheisen liefern. Die zur Zeit in Betrieb befindlichen Ofen 3 und 4 liefern in 24 Stunden etwa 2600 Zentner Roheisen.“ Das mag alles tröstlich und sehr vertrauensfördernd ausfallen; aber es sind doch immer nur Projekte für die Zukunft oder Ergebnisse von Erwartungen, die noch in der zu erledigenden Zeit wurzeln und die darum für die tatsächliche Lage in der Gegenwart nicht viel beweisen.

Etwas schmerzlicher wiegen für das Kapital die Meldungen über das günstige Fortschreiten der Syndikats-erneuerungen. Zwischen dem Kalisynat und der Aktiengesellschaft Deutsche Kalwerke und der Gesellschaft Hohenfels ist die Streitfrage überwunden. Ebenso zwischen dem Düsseldorf-Roheisen-Syndikat, dem Luzemburger Verkaufs-syndikat und den Händlernfirmen Röhling und Speier. Im Walzdrahtverband bilden die Felten & Guillaume-Werke noch das Hindernis der Erneuerung; doch scheint der Widerstand nicht unüberwindlich, und vorläufig hat man sich mit einem Provisorium, nämlich der Verlängerung des alten Kartells bis zum Jahresende, beholfen. In Oberösterreich ist der vor kurzem aufgelöste Oberösterreichische Stahlwerksverband wenigstens teilweise wieder durch eine Verbindung der Oberösterreichischen Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft, der Oberösterreichischen Eisenindustrie-Aktiengesellschaft und der Kattowitzer Aktiengesellschaft. Diese neugegründete „Oberösterreichische Stahlwerks-Gesellschaft“ ist mit der Vermittlung des gemeinschaftlichen Verkaufs der syndikalisierten Produkte der gesamten oberösterreichischen Werke an Walzeisen, Unblechleisen, Grobblechen, Feinblechen und Rohren beauftragt. Es liegt ihr ferner für die am Syndikat gebundenen Produkte die Vermittlung des Verkehrs ab zwischen ihren Gesellschaften und den betreffenden Syndikaten, insbesondere auch die Vermittlung des Verkehrs mit der Stahlwerks-Verband-Aktiengesellschaft Düsseldorf bezüglich der A-Produkte (Halbzug, Eisenbahnmaterial und Formeisen). Die Raurahütte allerdings steht abseits der neuen Vereinigung. — Sogar in England sollen Verhandlungen zwischen Bildung eines 80 pSt. der dortigen Gesamtzeugung umfassenden Stahlwerksverbandes. — Für das Kapital hat das wenigstens das eine Gute, daß man bei einem stärkeren Wirtschaftsumschlag nicht sofort den Ausbruch der wildesten Schieberkonkurrenz zu fürchten braucht.

Auf dem Getreidemarkt ist der Preisrückgang nochmals weiter fortgeschritten. Wir konstatieren das letzte Mal, Mitte Juni, einen Berliner Weizenpreis von 201, seit dem 18. Juni steht er dauernd, obwohl mitunter ganz minimal, unter 200. Wie dem Notgen, mit seinem zeitweise ganz abnormen Preisstand, ist der Rückgang viel schärfer: von 198 bis 200 Mitte Juni bis zeitweise schon unter 180 (19. Juni 187, gestern, am 29. Juni, circa 179).

Die Metalle haben sich in ihrem Preise, der leicht zurückgefallen war, zuletzt aber wieder etwas erholt. Doch sind die Schwankungen nicht derartige, daß wir sie in den Einzelheiten festhalten brauchen.

Für Kohle und Eisen liegen die Maiquoten von Danach betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland (und Luxemburg) 1 094 314 T., gegen 1 060 740 T. im Mai 1906 und 1 077 703 T. im April (1907). Zusammen für die ersten 5 Monate 1907 erreichten wir also eine Erzeugung von 5 811 617 T. Roheisen (gegen 5 064 921 T. in 1906, 4 180 419 T. in 1905, 4 162 628 T. in 1904). Das ist noch immer eine ansehnliche Weitersteigerung. Die deutsche Eisen- und Stahlproduktion war im Mai des laufenden Jahres, offenbar aus äußerlichen Ursachen, etwas geringer als im Vorjahre (11 126 889 T. gegen 11 673 870 T. im Vorjahr), während die Gewinnung von Braunkohlen, Kohle und Prestohlen auch im Mai weiter gewachsen ist. Nimmt man jedoch die Steinkohleerzeugung und -Ausfuhr mit in Rechnung, so ist auch hier im Mai dem Inlandsverbrauch jeder Art eine größere Brennstoffmenge zugeführt worden. Vollends im Aufstiege finden wir die Zinn-, wenn wir die ersten fünf Monate zusammenfassen. Vom 1. Januar bis 31. Mai d. J. betrug in Deutschland die Produktion an Steinkohlen 57 997 642 T. (im Vorjahre 56 916 584 T.), an Braunkohlen 24 668 854 T. (im Vorjahre 22 593 892 T.), an Kohle 8 824 207 T. (im Vorjahre 8 141 713 T.) und an Prestohlen 6 885 634 T. (im Vorjahre 5 814 628 T.). Ferner belief sich gleichzeitig die Einfuhr an Steinkohlen auf 4 495 681 T. (im Vorjahre 3 302 341 T.) und die an Braunkohlen auf 8 641 673 T. (im Vorjahre 8 647 674 T.). Ausgeführt wurden dagegen 7 949 197 T. (im Vorjahre 8 192 139 T.) Steinkohlen und 7 597 T. (im Vorjahre 2287 T.) Braunkohlen. Berlin, 30. Juni 1907. Mag Schippel.

Politische Umschau.

Der neue Nationalverein. In Heiberg ist am 22. Juni die Gründung eines Nationalvereins für das liberale Deutschland erfolgt.

Der heutige Liberalismus. Soweit er sich überhaupt ernstlich um die Arbeiterfrage bekümmert, hat diesen Standpunkt längst aufgegeben.

Der Nationalverein ist der Überzeugung, daß die führende Wirkung an der Lösung der Arbeiterfrage eine Hauptaufgabe des Liberalismus ist.

Dadurch wird jeder Arbeiter geradezu mit der Nase darauf gestoßen, was auch bei dieser liberalen Gründung des Pudels Kern ist: auf die Zerschlagung der Massen berechnete Wortmacherie.

Die Arbeiter und die Privatbeamtenversicherung. Bürgerliche Blätter veröffentlichten eine Zuschrift aus Privatbeamtenkreisen, in der es u. a. heißt:

Die deutsche Arbeiterschaft hat sich bisher um die große Bewegung der Privatbeamten zur Schaffung einer staatlichen Renten- und Hinterbliebenenversicherung wenig bekümmert.

leitet hat, ist es so gut wie sicher, daß das Ziel erreicht wird.

Der Verfasser vorliegender Auslassung befindet sich im Irrtum. Obwohl die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wie die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Presse hat sich schon vor Jahren mit dem Problem der Privatbeamtenversicherung beschäftigt.

Krankenversicherungsstatistik für 1905. Ueber die Krankenversicherung im Jahre 1905 enthält das neueste Vierteljahrshet zur Statistik des Deutschen Reichs Tabellen, denen wir folgendes entnehmen:

Die Zahl der Krankenkassen hat sich durch den Mißgang der Gemeindeversicherung weiter, von 23 193 auf 23 127, vermehrt. Die Anzahl der Mitglieder betrug im Durchschnitt des Jahres 1905 11 184 476.

Die Verkommenheit des Liberalismus. Eine Forderung gesunder Pädagogik und Humanität geht dahin, öffentliche Spielplätze für die Kinder des Volkes zu errichten.

Der Byzantinismus unserer Patrioten sucht seine Befriedigung u. a. darin, für kleine Personen, insbesondere preussische Prinzen, als Protektoren für gewisse Veranstellungen zu gewinnen.

Der Kampf begann mit der Waffendemonstration der Gewerkschaften zum 1. Mai 1906. Darnach erlangte Herr Clemenceau das Komplot, das die Konföderation der Gewerkschaften im Verein mit den Sozialisten angezettelt haben sollte.

Was ein Prinzen-Protektorat für besondere wirtschaftliche oder politische Interessen zu bedeuten hat, vermögen wir nicht zu erkennen.

Oder kann ein Kongreß, eine Ausstellung für seine Bedeutung und für seine Zwecke etwas dadurch gewinnen, daß in die Welt hinausposaunt wird, er stehe unter dem Protektorat irgend einer königlichen Hohheit?

Die Einführung eines Achtstündigen Maximalarbeitstages in den französischen Bergwerken ist auf Antrag des Sozialisten Drouot vom 26. April 1906 im Reichstagen mit 127 gegen 123 Stimmen beschlossen worden.

Table with 2 columns: Country and Seats. Includes: Ausland (182), Desterreich (87), Finnland (79), Frankreich (52), Deutschland (43), Belgien (48), England (20), Dänemark (21), Italien (24), Schweden (14), Norwegen (10), Holland (7), Luxemburg (7), Bulgarien (6), Schweiz (2), Serbien (1).

In Belgien hat die Sozialdemokratie auch im Senat 7 Vertreter und in Dänemark gibt es zur Zeit 4 sozialistische Senatoren.

Regierung und Gewerkschaften in Frankreich. Die französischen Gewerkschaften durchzogen zur Zeit eine Periode systematischer Verfolgung seitens der Regierung.

Mit dem Ministerium Clemenceau trat eine plötzliche Wendung ein. Allgemein erwartete man das Gegenteil, weil Herr Clemenceau selbst als ein sehr radikaler Herr galt.

Der Kampf begann mit der Waffendemonstration der Gewerkschaften zum 1. Mai 1906. Darnach erlangte Herr Clemenceau das Komplot, das die Konföderation der Gewerkschaften im Verein mit den Sozialisten angezettelt haben sollte.

Das russische Parlament, die Duma, ist aufgelöst. Das russische Parlament, die Duma, ist aufgelöst.

einige sozialpolitische Gesetz, das die Kammer nach langen Jahren geschaffen hatte, das Gesetz über den wichtigsten Anknüpfungspunkt wurde unter der Regierung der Renegaten wirksam gemacht, und jetzt hat Herr Büchtemann sogar ein Gesetz eingebracht, das das erste Gesetz abändern, d. h. abmildern soll. Diese Gebe gegen die Gewerkschaften beweist nur, daß die Bourgeoisie aller Länder gleich brutal verfährt, von dem Augenblick an, wo sie die wirtschaftliche Macht der Arbeiter ernstlich zu fürchten beginnt. Und daß sich die französische Bourgeoisie zu diesen Folgebildungen gerade die Reute ausstreckt, die bisher als energische Vertreter der Arbeiter galten; ist höchstens ein Beweis mehr dafür.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperrungen, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maufern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:
Hamburg: Ochsenwärdler, Kirchwärdler (Streiks), Cuxhaven (Aussperrung), Altona (Sperrung über Knoop), Lübeck (Differenzen);

Schleswig-Holstein:
Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor, Segeberg und Rickling, Flensburg (Streiks), Schleswig (Bauarbeiterstreik), Reinhold (Sperrung über E. Haeger);

Mecklenburg:
Neubrandenburg (Aussperrung), Sülze (Sperrung über Holdorf), Rostock (Differenzen), Bolzenburg (Sperrung über den Bau des Mühlenbesitzers Hinselmann);

Brandenburg:
Berlin (Streik). Das Berliner Lohngebiet umfasst 54 politische Gemeinden. Die an der Grenze des Lohngebietes liegenden Orte sind folgende: Friedrichshagen, Copenick, Grünau, Bohnsdorf, Alt-Glienicke, Rudow, Buckow, Marienfelde, Gr.-Lichterfelde, Zehlendorf, Grunewald, Westend, Nonnenwiehe, Haselhorst, Dalldorf, Reinickendorf, Schönholz, Nieder-Schönhausen, Hennersdorf, Weissensee, Hohen-Schönhausen, Friedrichsfelde und Karlshorst. Alle Orte die innerhalb dieses Kreises liegen, werden von dem Streik erfasst. Kalkbegründer, Hennickendorf-Herzfelde, Hirschgarten (Streiks), Mittenwalde (Sperrung über Rehfeld, Kreiskrankenhaus und Saalbau in Gallun), Oranienburg (Sperrung über die chemische Fabrik);

Pommern:
Stolp (Aussperrung), Cammin, Gartz a. d. O. (Streiks), Pölitz (Sperrung über Paape), Wolgast (Differenzen), Greifswald (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern), Belgard (Differenzen), Pyritz (Sperrung über Friedrich Berg);

Ost- und Westpreussen:
Marienburg, Marienwerder (Differenzen), Könitz (Sperrung über Hermann), Sensburg (Sperrung über Rehse), Memel (Sperrung über Richtmeier und Schmidt);

Posen:
Schwersenz, Kolmar (Streiks), Schneidmühl (Differenzen);

Schlesien:
Oblau, Sagan, Muskau i. d. Ober-Lansitz (Streiks), Jauer, Landeshut (Differenzen), Peistowitz (Aussperrung), Oppeln (Sperrung über Kuntze), Antonienhütte (Sperrung über Przyklick);

Königr. Sachsen:
Chemnitz, Kirchberg, Ober- und Niederneukirch, SteinigtWaldsdorf, Wehrsdorf, Ringenhain (Streiks), Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien- & Kunze, Bahnhofsbauten, M. Steyskal in Mückeln, Sohrstrasse, Gottlieb Tschierler in L.-Gohlis, Pariserstrasse, Hänsleroth, L.-Anger, Spieghelstrasse, Alfred Kirschner, L.-Gohlis, St. Privatstrasse, Th. Kössling, L.-Anger, Weissenburgstrasse, Otto Auge, Ecke der Eisen- und Fichtestrasse), Schneeberg (Sperrungen über G. Heckel in Schneeberg und Lain in Aue, Bau liegt in Niederschlema), Meissen (Sperrung über Teicherters Ofenfabrik), Mülsen (mehrere Sperrungen), Aue (Sperrung über Ritsch in Lössnitz);

Thüringen:
Zechau (Sperrung über die Zuckerraffinerie in Rositz);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Hornhausen, Halle a. d. S., Ertur, Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Wettin (Sperrung über Zache, Johanneshall, Unternehmer Röber), Oschersleben (Aussperrungen), Nebrä (Sperrung über Knabe in Rosleben), Zeitz (Differenzen), Kauschberg (Sperrung über Alb. Jakob), Osterwieck (Sperrung über Witte und Wilhelm), Merseburg (Sperrung über Schreyer), Quedlinburg (Differenzen);

Hannover, Oldenburg und Lippe:
Springe, Melle, Wildeshausen (Streiks), Delmenhorst (Bauarbeiterstreik), Celle (Aussperrung), Stade (Sperrung über Bülling), Fallingb. (Sperrung über Bostelmann), Solltau (Differenzen), Schötmar (Sperrungen über Steinmann und Bröker);

Westfalen:
Herford (Streik), Hagen (mehrere Sperrungen), Schwelm (Sperrung über Müller);

Rheinland:
Aachen (Streik), Helligenswald b. Trier (Sperrung über P. Broschort), Kettwig (Sperrung über Endlein), Ronsdorf (Differenzen);

Hessen und Waldeck:

Wildungen, Alendorf a. d. Werra, Rüdelsheim, Gernsheim (Streiks), Gelsenheim (Sperrung über Schuler und Fecher), Heidesheim (Sperrung über Rump, Jakob und Franz Woidorsky), Plonheim (Sperrung über Kessler, Braun und Holdarber), Oppenheim (Sperrung über A. Gesinn und Florian Krayer), Lorsch (Sperrung über beide Geschäfte Brunnengräber);

Baden-Pfalz:
Konstanz, d. Haardt, Wiesloch, Eberbach, Bleberach, Gengenbach, Zell, Villingen (Streiks), Roxheim (verschiedene Sperrungen), Mannheim-Ludwigshafen (Sperrung über Bstongeschäft Wayss & Freitag);

Elsass-Lothringen:
Mülhausen, St. Ludwig (Streiks), Strassburg (Sperrung über Ph. Frey);

Bayern:
Selb (Sperrung über Jäger & Werner);

Schweiz:

Basel, Bern, Bülach, Olten;

Oesterreich:

Braunau in Böhmen, Budweis, Linz, Mährisch Budwitz, Marburg, Neutitschein, Schönbrunn, Zwickau (Streiks);

Ungarn:

Pressburg (Aussperrung).

Arbeitslosigkeit ist in Bistritz, Bohn 40 % bei zehnständiger Arbeitszeit, und in Springs a. d. Selme.

Keine „Arbeitswilligen“ für Berlin.

Was wir geahnt und gefürchtet haben, hat sich bestätigt. Der „Arbeitswilligen“-Stapel für das Berliner Baugewerbe ist ausgeschöpft, an den noch restlichen Brocken kann sich kein Unternehmer mehr erfreuen. Das Gerücht und Geschrei des Vorstandes des Verbandes der Baugeschäfte über die Lautenbe von „Arbeitswilligen“, die ihm am 1. Juli zur Verfügung ständen, war eitel Wind. Nun die Waage geplagt ist, stehen die Mitglieder des Verbandes, die noch nicht den bequemen Weg der Verhandlung mit den Streikenden gefunden haben, genau so vor dem leeren Nichts, wie in den Wochen zuvor. Direkt eingestehen wollen die Herren das immer noch nicht, aber man hört und sieht ihre Hoffnungslosigkeit aus jedem Worte ihrer Berichte. Darüber können auch die immer wieder erneut beschlossenen Resolutionen nicht hinwegtäuschen, daß man sich „von der Deckung der Bauten am 1. Juli den besten Erfolg verspricht und daß die Versammlung fest entschlossen ist, den Kampf energisch fortzusetzen“.

Am 29. Juni waren die Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte versammelt, um sich über das Ergebnis der Treibjagd auf „Arbeitswillige“ berichten zu lassen. Herr Wahl begann seinen Vortrag mit den Worten: „Wenn wir Ihnen in den früheren Berichtigungen berichten konnten, daß die Situation und der Stand des Kampfes für uns günstig sei, so berechtigte uns dazu der bisherige Verlauf der Dinge.“ Er hätte nun eigentlich fortfahren und sagen müssen: „Nun hat aber das Ding eine für uns unangenehme Wendung genommen, denn unsere Hoffnung auf einen großen Zutrom von Arbeitswilligen hat sich leider nicht erfüllt und wird sich auch nicht in dem Maße erfüllen, daß wir damit den Streik überwinden können; deshalb ist die Zeit gekommen, daß wir die immerhin nicht unerheblichen Forderungen der Streikenden anerkennen und bezeichnen, den uns alle so begehrenswerten Frieden wiederherzustellen.“ Herr Wahl hat das nicht getan. Er ist nicht der Mann, der ein Uebel mit dem geeigneten Mittel auf den kürzesten Wege aus der Welt schafft, sondern er ist ein Freund von symphonischen Akten; er glaubt durch die Kraft seiner Rede und durch die Weichheit seines Tones den Streik bannen zu können, wie die „weiße“ Frau das Fieber bespricht. Herr Wahl fuhr also fort, seine Genossen mit schwingenden Händen zu unterhalten und sie immer wieder darauf zu verweisen, daß ihre „gerechte Sache“ doch noch bei den „zum größten Teil gezwungen und widerwillig“ Streikenden Anerkennung finden würde. Immer wieder wurden die Tagesbescheide des Vorstandes aufgezählt und als Mutterleistungen gebührend, um damit über den allzu mageren Inhalt des „Streikrapports“ hinwegzutäuschen.

Nicht tröstlich für uns, erklärte Herr Wahl, daß die Vermittlungen des Vorstandes „Arbeitswillige“ aus den verschiedenen Gauen des deutschen Vaterlandes nach Berlin zu dirigieren, schon an dem Widerstand der Unternehmer scheiterten: Eine Anfrage bei allen in Betracht kommenden „Schwester“-verbänden um Freigabe der „Arbeitswilligen“-Jagd wurde ablehnend beantwortet. Aus kollegialen Rücksichten, sagt Wahl, mußten wir davon Abstand nehmen, und es blieb uns nur der Weg ins Ausland. Ueber diesen Weg will Herr Wahl zunächst noch nicht plaudern: „Wir würden sonst riskieren, nicht einen Mann hierher zu bekommen, denn unsere Gegner verheeren es vorzüglich (Wradol) Die Delegation des „Grundstein“, solche Transporte an der Grenze schon abzufangen.“ Aber Wahl legt die Streikposten doch noch hinein; er hat schon einen Coup ausgeführt, um die Tatzeit des Feindes zu erschöpfen, und der Coup ist gelungen. B. und seine Vorstandsgenossen wissen nun ganz genau, wie sie sich zu verhalten haben. Natürlich wird es ihnen ein leichtes sein, die dummen Streikposten zu duplizieren; während diese mit großem Eifer einigen Streikbrecheragenten nachjagen und alle Schlagbäume an den Grenzen besetzt halten, so daß keine Maus hindurchschlüpfen kann, schwimmen die „Arbeitswilligen“ zu Tausenden auf Spree- und Oderflößen nach Berlin und werden am Selgoländer Ufer ausgeladen, ohne daß es die Streikenden gewahr werden. Wenn dann anderen Tags, lange bevor sich die Streikposten den Schlaf aus den Augen getrieben, die freitretenden Mannen alle Bauten der Verbandesmeister besetzt haben, dann wird Heulen und Zähneklappen unter den Streikenden sein, und mit schlotternden Knien werden sie bei ihren Arbeitgebern um Gnade flehen.

Um die von B. und Genossen eingeleitete Strategie mit Glanz zu Ende zu führen, haben sie „aus den Reichert bereitwilliger Kollegen eine große Kommission gebildet, der lediglich

die Heranziehung, Unterbringung und Verteilung der ausständigen Arbeitskräfte obliegt.“ Eine Anzahl dieser tatkräftigen Herren ist bereits seit einigen Tagen fort und der Vorhau erwartet ihre erfolgreiche Rückkehr. Wann, das darf Herr Wahl seinen Kollegen leider wiederum nicht sagen. Mit dem für ihre Aufgabe nötigen Geschick sind die „Arbeitswilligen“ oder die Jäger? Die Delegation des „Grundstein“ aber bestens ausgerüstet.

Die letzte Bautenkontrolle hat ergeben, daß auch nach dem „großen Tag“ die Situation unverändert ist, oder richtiger gesagt, daß sie sich für die Streikenden allen Anstrengungen des Verbandes der Baugeschäfte zum Trotz wiederum um ein kleines günstiger gestaltet hat. Am Donnerstag, den 4. Juli, wurde festgestellt, daß nur 170 Maurer mehr „arbeitswillig“ waren, als die Woche zuvor. Die Zahl der Alfordmänner, von deren Vertrag mit dem Unternehmerverband soviel Gedenken ist, hat sich um 51 vermehrt. Dagegen sind dem Verband der Baugeschäfte in dieser einen Woche 16 Mitglieder, fast alle bedeutende Firmen, abtrünnig geworden. Darin spiegelt sich klar die Enttäuschung wieder, die nun von Tag zu Tag unter den Mitgliedern des Verbandes der Baugeschäfte härter wird. Von Woche zu Woche haben sie sich verdröhen lassen auf die „Scharen von Berliner Arbeitswilligen“, dann auf die „Brotkrumen“ ihres Vorstandes in allen Gauen des Deutschen Reiches und zuletzt auf die Spürhunde im Auslande. Viele Unternehmer mögen wirklich geglaubt haben, daß ihre Wortführer etwas hinter sich hätten und daß sie nur die Tore zu öffnen brauchten, um die benötigte Anzahl Maurer usw. hineinzujauchzen zu lassen. Aber ach — 170 unter 500 bis 600 Unternehmer zu verteilen, das bringt auch der gewandteste Herr Vorstand nicht fertig.

Daß der Vorstand des Verbandes der Baugeschäfte in der Auswahl seiner Helfer gerade nicht wählerisch ist, zeigt, daß er einen Maurerposten H e r r i c h, der wegen flechtlicher Verfolgung seine Heimat verlassen und sein Domizil in B o d e n b a c h aufgeschlagen hat, als Streikbrecheragent die österreichischen Lande B ö h m e n, M ä h r e n und auch U n g a r n bereisen läßt. Ob der Verband noch mehrere solcher mit allen Stunden gegäherten Berliner Sumpfschlänger in Dienst genommen hat, konnten wir noch nicht erfahren. Wahrscheinlich ist es. Große Zufriedenheit dürfte sich aber auch Herrich nicht bei seinen Auftraggebern erworben haben. Bisher war es ihm trotz verbrauchter großer Geldmittel nur möglich, 33 „Arbeitswillige“ in Berlin einzuschleusen, während Sundere, denen er Zubehörsel geboten, von unseren Streikposten zurückgehalten wurden.

Die Bautenkontrolle am 4. Juli hatte folgendes Ergebnis, wobei wir die Zahlen von den vorhergehenden Kontrollen des Vergleichs wegen wiederholen.

Datum der Kontrolle	Insgesamt		Der Tarif ist anerkannt		Der Tarif ist nicht anerkannt	
	Bauten	Maurer	auf Bauten	auf Maurern	auf Bauten	auf Maurern
12. Juni	85	5015	755	3064	823	1064
26. Juni	2017	6411	989	4064	359	1120
4. Juli	1945	6982	968	4414	330	1290

Datum der Kontrolle	Alfordbauten		Debet mit 8 1/2 Stunden		Zahl der Streikposten	Zahl der abgeklärten Streitposten	Zahl der Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte, welche den Tarifvertrag anerkannt
	Bauten	Maurer	Bauten	Maurer			
12. Juni	88	887	—	—	689	600	18
26. Juni	124	1227	83	864	665	746	32
4. Juli	131	1278	nicht bekannt	616	806	—	48

Tagesrapport am 6. Juli:

Abgereicht	In Arbeit gesetzten	Streikbrecher	Unterweit- untergebracht	Im Streit befindlich noch	Verheiratet	Widrig
2116	3798	184	390	3300	2982	318

Zu den neuen Bedingungen arbeiten von unserem Verband am 10. Juni 2323 Maurer, „ 17. „ 2318 „ „ 20. „ 8090 „ „ 22. „ 3133 „ „ 27. „ 3466 „ „ 29. „ 3514 „ „ 6. Juli 3798

Bei den Bürgern meldeben sich noch 288 Kollegen, von der Gips- und Zementbranche sind noch 544 in Mittelbeschäftigung gezogen.

Trotz des verhältnismäßig günstigen Standes des Streiks haben wir noch keine Kräfte zu Eigenes. Es bleibt noch viel zu tun übrig, und wir müssen alle Kollegen, alle Freunde und Genossen dringend bitten, auch fernerhin alles aufzubieten, damit kein Zug, kein Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, nach Berlin kommt.

Gau Bremen. In Wildeshausen sind unsere Kollegen in den Streik eingetreten; sie verlangen 82 1/2 % Stundenlohn; was die Unternehmer aber als unbilligst bezeichnet und demgemäß jede Verhandlung abgelehnt haben.

In Delmenhorst sind unsere Kollegen zum Angriff übergegangen, nachdem sie bereits seit drei Wochen durch den Bauarbeiterstreik in Mittelbeschäftigung gezogen waren. Unsere Kollegen sind bis auf 25 Mann in Bremen untergebracht und hoffen überständig auf einen baldigen Sieg. Die Delmenhorster Unternehmer machen große Anstrengungen, unsere in Bremen arbeitenden Kollegen wieder aus der Arbeit zu bringen. Die schwarzen Bitten sollen dazu mitwirken, daß sogar Delmenhorster Kollegen, die bereits 15 Jahre in Bremen gearbeitet haben, also mit dem Delmenhorster Streik gar nichts zu tun haben, wieder entlassen werden. Es hat also den Anschein, als wenn sich die Differenzen auf Bremen übertragen sollten. Die Organisationsleistungen haben schon diesbezüglich mit den Unternehmern eine Sitzung abgehalten, zu einem abschließenden Ergebnis sind sie jedoch noch nicht gekommen, vielmehr soll sich noch eine weitere Sitzung mit dieser An gelegenheit beschäftigen.

Die Unternehmer in den Untermessorten (Bremerhaven usw.) haben unseren Kollegen auf ihr Schreiben nachfolgende Antwort erteilt:

Von der uns überreichten Resolution haben wir Kenntnis genommen, jedoch was es trotz derselben dabei sein Bemühen befallen, daß wir über Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur während der letzten drei Monate des Jahres verhandeln.

Zur Befestigung eines in Ihrer Resolution enthaltenen Irrtums erklären wir, daß wir uns bei dieser Resolution nicht auf ein gemeinschaftliches Abkommen stützen, sondern nur handeln nach einem Beschluß unseres Verbandes bezug des Deutschen Arbeitgeberbundes, der dahin geht, daß in den letzten drei Monaten des Jahres eingereichte Wünsche der Arbeitnehmer sogleich zu prüfen, dagegen zu anderer Zeit gestellte und nicht durch außergewöhnliche Umstände begründete Forderungen mit dem ganzen Gewicht der Vereinigung zurückzuweisen sind.

Daß wir eine Lohnerhöhung für das Jahr 1908 in Vorschlag bringen werden, ist bereits aus unserem letzten Schreiben zu ersehen.

Von einer gemeinschaftlichen Befragung verspricht der unterzeichnete Vorstand sich keinen Erfolg, jedoch ist unser Geschäftsführer beauftragt, etwa erwünschte Aufklärungen zu geben.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe an der Unterweser: Carl Kistner, Vorsitzender.

Die Kollegen haben bisher noch keinen Beschluß gefaßt; leider ist die Arbeitslosigkeit ziemlich stark.

Gau Cöln. Aus Wärrnen-Glücksfeld wird berichtet: Der Streik der Zement-, Beton- und Asphaltarbeiter ist beendet. Die Arbeit wurde am 5. Juli wieder aufgenommen. Der Streik beschränkte sich auf die Firma Wöber. Mit dem Erfolge können die Arbeiter zufrieden sein, wenn auch nicht der Lohn, wie er in Düsseldorf und Cöln besteht, erzielt wurde, so wurden doch bedeutende Verbesserungen erreicht. Erreicht wurde die neunzehnstündige Arbeitszeit, bisher herrschte in dieser Beziehung wie auch bei den Böhlen die reine Anarchie. Der Stundenlohn beträgt für Zementure 57 1/2, desgleichen für Asphalture, für die Hilfsarbeiter wurden 47 1/2 und für Kocher 50 1/2 festgesetzt. Das Antreten der Asphaltkessel vor Beginn der Arbeit am Morgen wird mit M. 1,50 vergütet. Die Arbeiter beginnen nach 7 1/2 Uhr und werden, auch Nacht- und Sonntagsarbeiten, nach dem Tarif der Maurer bezahlt. Sonntags ist eine Stunde früher Feierabend, vor den hohen Feiertagen zwei Stunden. Mündering, Leberlandarbeit, Schlichtung von Streitigkeiten sowie Vertragsdauer richtet sich nach dem Tarif der Maurer. Der Vertrag gilt für die drei Wärrnen, Oberfeld, Langefeld und Wöhrwinkel. Die Sektion der Zementarbeiter und Asphalture wurde in diesem Frühjahr erst gegründet und ist dem Zentralverband der Maurer angeschlossen. Die Verhandlungen wurden mit dem Schlichterverband, berg, freigezwählter Betriebe in Wärrnen geführt. Es kamen nur freigezwählte Arbeiter in Betracht. Christlich-nationale Hurrapatrioten sind erfreulicherweise nicht vorhanden. Die junge Sektion hat ihre Feuerprobe bestanden. Streikbrecher haben sich während des neunzehntägigen Streiks nicht gefunden.

Gau Danzig. In Lemberg, wo unsere Kollegen ausgespart wurden, schloßen bekanntlich zwei Unternehmer mit den Streikbrechern; die unsere christlichen Streikbrecher sänlich christlich organisierten, einen Vertrag ab und glauben nun, allen Kalamitäten entronnen zu sein. Jedoch, was wir voraussehen, ist schon teilweise eingetreten; die Gesellen konnten die Unternehmer nicht herausziehen. Der Unternehmer Vinte mußte unseren Vertrag anerkennen, obwohl er schon vor drei Wochen mit den Streikbrechern einen Vertrag abgeschlossen hatte. Es bleibt nun noch der Unternehmer M e s s e übrig, der mit der Zeit auch einzusehen wird, daß er seine Rechnung ohne den Zentralverband der Maurer Deutschlands gemacht hat. Reife bleibt nach wie vor von uns gesperrt.

Gau Erfurt. In Meiningen wurde am 26. Juni mit dem Arbeitgeberverband verhandelt. Das Ergebnis war, daß der Lohn auf 36 bis 38 1/2 festgesetzt wurde. Gefordert waren 38 1/2 als Mindestlohn. Für Steinbauer wird eine Zulage von 2 1/2 gewährt. Gültigkeit hat der Vertrag bis zum 31. März 1908. Mit diesen Abmachungen beschäftigte sich am 30. Juni eine von 76 Kollegen besuchte Versammlung und erklärte sich damit gegen 12 Stimmen einverstanden. Da auch die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes der Abmachung zugestimmt hatte, so wurde der Vertrag noch am selben Abend unterzeichnet. Hierdurch ist der Kampf, der neun Wochen gedauert hat, zu Gunsten der Kollegen beendet worden. Für Meiningen bedeutet dies etwas Besonderes; denn das Unternehmertum hatte nicht geglaubt, daß sich die Kollegen, die sehr schwer zu organisieren waren, so tapfer halten würden. Hoffentlich gehen die Kollegen nun mit allem Ernst daran, die Organisation noch weiter auszubauen, damit zum nächsten Vertragsabschluß die Unternehmer damit rechnen müssen, daß alles organisiert ist, wie ja auch die Unternehmer organisiert sind.

In Wankenburg mußte der Kampf abgebrochen werden, da die Arbeitslosigkeit während der Saison immer etwas schwach ist. Da auch alle Streitenden, bis auf einige Arbeiter, auswärts Arbeit gefunden haben, so legt der Abbruch des Streites den Kollegen weiter keine Opfer auf. Wenn auch hier die Kollegen in der nächsten Zeit die Agitation nicht einschlafen lassen, so wird es doch noch möglich sein, die Unternehmer zu bezwingen.

In Atern ist der Kampf schon am 16. Juni für beendet erklärt worden. Was alles schuld war, daß der Kampf so enden konnte, soll hier nicht untersucht werden; auf alle Fälle haben die Kollegen daraus gelernt, und wenn sie sich mit dem Gedanken vertraut machen, es das nächste Mal besser zu machen, so darf gehofft werden, daß wir das nächste Mal die 40 1/2 Lohn erhalten, die diesmal durch Streikbruch eines Teiles der Mitglieder nicht zu erzielen waren. Auch hier heißt es, weiter rüsten, weiter agieren, damit die Kollegen aufgefäht werden.

In Erfurt ist der Kampf noch un verändert. Die Unternehmer machen alle Anstrengungen, um Stalmer zu

erhalten, bisher jedoch mit wenig Erfolg. Wendet sich dies auch in der nächsten Zeit nicht und halten die Kollegen alle zusammen weiter so standhaft aus, wie bisher, so muß der Kampf zur Gunsten der Kollegen entschieden werden. Natürlich die Kollegen, die nur mit einem Kampf von wenigen Wochen rechnen, sind wohl jetzt von ihrem Irrtum befreit; denn alle Anzeigen sprechen dafür, daß noch mehrere Wochen bergehen werden, ehe die Unternehmer einsehen, daß sie ihren Gegner sowie auch dessen Klasse unterschätzt haben. Für die Abgereisten heißt es, weiter in der Fremde auszuhalten, wenn es auch manchmal schwer fällt. Denn nur dadurch kann der Sieg auf unserer Seite sein.

Gau Ostpr. In Muskau haben die Kollegen am 3. Juli die Arbeit niedergelegt. Am 15. Juni beschloßen sie in ihrer Versammlung, den Unternehmern Forderungen auf Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu unterbreiten. Am 18. Juni wurde den Unternehmern die Forderung auf 43 1/2 Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit gestellt. Da die Unternehmer nicht antworteten, wurde die Lohnkommission am 28. Juni persönlich bei ihnen vorstellig, aber auch ohne Erfolg. Bis zum 2. Juli warteten die Kollegen noch, als die Unternehmer auch dann noch keine Wiene zum Entgegennommen zeigten, legten die Kollegen am folgenden Tage die Arbeit nieder. Dies ist der erste Streik in unserem stillen Städtchen, natürlich ist nun die Aufregung groß. Die Kollegen werden sich aber dadurch nicht färeden lassen, sie haben bereits alle anderwärts Arbeit gefunden. Hoffentlich wird der erste Maurerstreik in Muskau kurz und siegreich für unsere Kollegen sein.

Gau Leipzig. In Chemnitz befinden sich nur noch 56 Kollegen. In allen Bedingungen arbeiten 247, so neuen 510 Kollegen. Wie wenig die Unternehmer vom Stande der Bewegung betroffen sind, das beweisen ihre Verträge, der öffentlichen Meinung ein solches Bild von der ganzen Sachlage zu geben. Die Herren waren immer bemüht, eine möglichst weitläufige Skala von Klassenlohn aufrecht zu erhalten. Im Stadtparlament haben ja auch ihre zum Teil freiwilligen Helfer die Behauptung aufgestellt, die Streikenden beschäftigter mit ihren Forderungen alles über einen Kamm zu scheren. Dagegen veröffentlichen die Unternehmer in der Arbeiterzeitung eine Aufstellung der in verschiedenen Städten üblichen Arbeitsbedingungen, die übrigens die Mindestlöhne der Chemnitzer Verhältnisse festlegend dokumentiert und in welcher gesagt wird, daß hier 45 1/2 Stundenlohn gezahlt würden. Stände die Sache der Unternehmer so glänzend, wie diese der Öffentlichkeit glauben machen wollen, so würden sie beispielsweise nicht sich auf den Bahnhöfen mit den Streikposten um die ankommenden Bauarbeiter reihen, wobei sie regelmäßig den kürzeren ziehen und berechtigten Spott ausgesetzt sind. Wie öffentliche Meinung faßbar wird, das zeigt ein Eingeband eines angehenden Bauarbeiters in der „Allg. Ztg.“. Ausgerechnet das Organ des national-liberalen Unternehmertums soll ein Streikender zum Sprachrohr seiner Wünsche gemacht haben! D. B. Dort ist das wesentliche zusammengetragen, was seit Wochen das Unternehmertum über den Streik in Aufregung geschrieben und zusammengetrieben hat und was ihre Interessengruppe auch im Stadtparlament wiederholt haben. Die dreifache Behauptung des Unternehmertums, der Streik um den Pfingstmontag sei eine Nothilfe, feiert auch in diesem „Eingeband“ wieder, nur ist das Wort diesmal verklärt durch „Prinzipienverletzung“ ersetzt worden. Alles übrige ist so hartnäckig über die Wände, wie ihn vom Delirium befangene unternehmerfreundliche Zeitungs-schreiber schon vor 20 und mehr Jahren zusammenge-schmiert haben. Es verlohnt sich wirklich nicht, näher darauf einzugehen.

Der Streik in Weichenfels hat sich ein wenig geändert. Die Unternehmer halten Verammlung über Verammlung ab, lassen aber nichts von sich hören; die Situation ist für die Streitenden günstig. Von 273 Maurern, die in den Streik eintraten, sind 125 Mann abgereist; andererseits untergekehrt sind 74 Mann. Am 28. Juni sind noch 60 Mann zu unterziehen. Nach den neuesten Vorkommnissen scheint es den Unternehmern etwas ungemächlich zu werden. Am 4. Juli hat der Unternehmer Köpfer einen Vertrag mit den Gesellen abgeschlossen. Der Stundenlohn, der bis jetzt 44 und 45 1/2 betrug, ist für dieses Jahr auf 47 1/2 und vom 1. April nächsten Jahres bis 31. März 1909 auf 50 1/2 festgesetzt. Ein Unternehmer, Mitglied des Arbeitgeberverbandes, hat demselben Vertrag zugestimmt. Damit scheint der Arbeitgeberverband etwas aus den Fugen zu kommen. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren haben, wollen noch einige Unternehmer diesen Vertrag unterschreiben. Da nun die Lage sich für die Streitenden etwas gebessert hat, ist es dennoch Pflicht eines jeden Kollegen, der auswärts in Arbeit steht, so lange daselbst auszuhalten, bis der Streik endgültig erledigt ist. Zugang ist streng fernzuhalten.

Gau Stuttgart. Einen schönen Erfolg ihrer jungen Organisation haben die Maurer und Gipsler in dem oberbairischen Städtchen Rullendorf zu verzeichnen. Ohne Kampf erreichten sie die zehnstündige Arbeitszeit bei gleichem Tagesverdienst wie seither bei elfstündiger Arbeitszeit.

In Döhringen wurde am 1. Juli ein Vertrag abgeschlossen. Der Lohn, der bis zum Frühjahr nur 36 1/2 betrug, wurde festgesetzt auf 40 bis 42 1/2 vom 1. September an und auf 42 bis 44 1/2 vom 1. Mai 1908 an. Leberstunden werden mit 25 pzt., Nacht- und Wasserarbeit mit 50 pzt. und Sonntagsarbeit mit 100 pzt. Zuschlag bezahlt. Unbearbeitet kommt in Wegfall.

Die Kollegen in Willingen haben, nachdem sich die Meister den eingereichten Forderungen gegenüber vollständig unzugänglich zeigten, am 1. Juli die Arbeit niedergelegt. Im Betracht kommen etwa 100 Kollegen. Die Fälle ist abgereist, circa 30 arbeiten bei zwei Meistern, die die Forderungen anerkannt haben und die übrigen versehen den Streikdienst. Gefordert wird ein Stundenlohn von 48 bis 50 1/2, Abschaffung der Unbearbeitet, der Kündigung usw. Die Arbeitslosigkeit ist gering. Es ist daher anzunehmen, daß in kurzer Zeit der Sieg auf unserer Seite ist. Damit wäre dann der Anfang gemacht, auch auf dem Schwarzwalde die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Gaueinteilung.

Auf Antrag des Gauborstandes zu Mannheim haben wir beschloßen, für das Staatsgebiet Elsaß-Lothringen ein in besonderen Gau mit dem Vorort Straßburg i. Elz. zu bilden.

Die Konferenz zur Konstituierung des neugebildeten Gaues berufen wir hiermit zu Sonntag, den 4. August d. J., nach Straßburg i. Elz. ein. Für die Besichtigung der Konferenz kommen nur die Zweigvereine in Elsaß-Lothringen in Betracht.

Die weiteren Einzelheiten, die Konferenz betreffend, werden den in Frage kommenden Zweigvereinen durch den Gauborstand zu Mannheim mitgeteilt.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anw. des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbenunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 30. Juni bis 6. Juli für folgende Mitglieder erteilt:

- August Mülliger - Pölsdam, Berg. - Nr. 95 277; Wilhelm Thoms-Brandenburg, 55 572; C. Wöhrle-Neumünster, 90 266; Erdmann Wöhrle-Pantow, 22 147; Franz Köpcke-Berth (Franz), 351 299; Ludwig Kowalski-Steinweg (Franz), 85 467; Ernst Gröber-Weilerheim (Franz), 133 672; Wilhelm Wipplig-Dreslau, 179 579; August Wöhrle-Frankfurt a. M., 68 914; Johann Pöschel - Bremerhaven (Franz), 116 158; Karl Müller-Berlin (Franz), 66 676; S. Wolmann-Graun i. M., 73 885; Hermann Wöhrle-Lohau, 83 989; Gottl. Remann-Frechen (Franz), 68 627; Ad. Wöhrle-Frechen, 218 771; Wöhrle, Dietmann-Wöhrle, 91 860; Chr. Koch-Brandeb., 22 121; Wöhrle, Dietmann-Wöhrle, 232 462; Franz Gola-Kalowitz, 234 264; Wilhelm Störck-Berlin B. (Franz), 45 112; Chr. Wöhrle-Wöhrle i. B. (Franz), 126 795; S. Wöhrle-München, 88 646; Josef Wöhrle-München, 240 867; Fr. Wöhrle-Pantow (Franz), 32 839; Wöhrle, Götter-Brandeb., 295 739; S. J. Döhrle-Frankfurt a. M. (Franz), 20 106; Konrad Ester-Danzig, 225 341.

Geldbewilligungen für die Schwisaffe sind nur an den Kassierer J. Köpfer, Hamburg 1, Wöhrle-Berthold 56, zu adressieren. Bei jeder Bewilligung ist auf dem Postskonten anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 2. Juli bis 8. Juli 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

- Herrie K. 700, Müllner i. B. 652,27, Ave 533,50, Bege-lack 400, Krieg 305,11, Kraganowitz 134,20, Denlich Kasselwitz 125,46, Dirckel 117,12, Sarstedt 108,62, Gengenbach 103, Stargard i. Pomm. 83,34, Blafte 73,16, Dels 31,94, Sime-bach 27,76, Regenwade 24,88, Döhrle 18,78, Schmiegel 18,78, Wöhrlefeld 1600, Wöhrle 840,77, Cöpenick 905,43, Gotha 600, Döhrle 348,74, Memmingen 329,12, Borna 307,17, Passau 305,40, Müllner 259,98, Wöhrlefeld 157,58, Marne 130,46, Wöhrlefeld 117,55, Streifen 96,48, Fein 75,85, Wöhrlefeld 69,92, Wöhrlefeld 46,48, Geringswade 40,52, Wöhrlefeld, (von hingen), Streifenunterstützung jurisch 36,10, Rudenau 28, Döhrle 14,25, Hamburg 3500, Döhrle 32,76, Spandau 613,62, Wöhrlefeld 611,87, Götter 565,13, Penig 348,80, Döhrle 344, Götter 314,51, Müllner 302,31, Wöhrlefeld 281, Zeit 242,48, Landsberg a. Lech 177,50, Elmshorn 163,77, Jüdenau 136,61, Gültow 124,48, Schwanebeck 106,46, Wöhrle 100, Döhrle 91,64, Wöhrlefeld 52,11, Döhrle 48,75, Pöppelauer 31,48, Kattowitz 1027,98, Hameln 678,79, Hameln (von hingen) Streifenunterstützung jurisch 74,80, Gardelegen 393,78, Döhrle 385,47, Burgfeld 271,80, Triebes 268,14, König 250, Neulangsow 163,91, Müllner (Wöhrlefeld) 132,44, Wöhrlefeld 66,48, Döhrle 40,88, Heiligen-hafen 17,22, Wöhrle 12,06, Döhrle 384,15, Königslutter 388,12, Wöhrle 322,45, Cöthen 303,08, Zangernünde 302,70, Cöhrig 177,48, Zangernünde 140,86, Travemünde 95,21, Wöhrlefeld 94,60, Eilenburg 82,03, Müllner 3300.

b) Für Futterale.

- Herrie K. 10, Krieg 2, Kraganowitz 6, Döhrle Kasselwitz 2, Sarstedt 1, Götterberg 2, Eifer 5, Cöpenick 1, Döhrle 7,10, Borna 2, Passau 2, Müllner 2, Marne 1, Fein 5, Rudenau -50, Döhrle 5, Bege-lack 2, Zeit 5, Jüdenau 1, Gültow -50, Döhrle 2,50, Wöhrlefeld 2, Rudow 20, Ohlau 2, Gardelegen 1,70, Kolmar (Pof.) 2, Döhrle 5, Cöthen 2,50, Kattowitz 50.

c) Protokolle vom neunten Verbandstag in Cöln.

- Herrie K. 31, Müllner 17, Ave 1, Dirckel 1, Sarstedt 1, Gengenbach 5, Stargard i. P. 3,40, Blafte 1, Sime-bach 1, Schmiegel 1, Götterberg 3,20, Frankfurt a. M. 506, Wöhrlefeld 21, Eifer 43, Cöpenick 11, Döhrle 11, Memmingen 1, Borna 1, Passau 1, Müllner 1, Wöhrlefeld 1, Wöhrlefeld 1, Döhrle 1, Fein 21, Wöhrlefeld 1, Rudenau 3, Spandau 7, Götter 12, Penig 5, Döhrle 1, Müllner 17, Bege-lack 21, Zeit 1, Landsberg (Lech) 1, Elmshorn 16, Jüdenau 17, Gültow 1, Schwanebeck 1, Wöhrlefeld 3, Rudow 21, Döhrlefeld 43, Ohlau 11, Kattowitz 5, Gardelegen 1, Döhrlefeld 1, Burgfeld 17, Triebes 9, Neulangsow 1, Müllner (Wöhrlefeld) 1, Heiligenhafen 1, Wöhrle 1, Kolmar (Pof.) 1, Döhrlefeld 21, Königslutter 11, Wöhrlefeld 1, Cöthen 6, Zangernünde 6, Cöhrig 1, Zangernünde 10, Travemünde 1, Wöhrlefeld 1, Eilenburg 21.

Marfen-Verband. Vom 24. Juni bis 6. Juli sind Marfen verhandelt worden (E = Eintrittsgelder, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslohnmarken, K = Kolportagemarken, L = Sozial-fondsmarken).

Mit-Damm 600 B & 45 1/2, Müllner 800 B & 50, Ave 1200 B & 40, Wöhrlefeld 10 B & 150, Rudenau 1200 B & 50, Rudenau 100 B & 40, Müllnerfeld 400 B & 40, Wöhrlefeld 400 B & 70.

lagen. Genosse Grimpe veranlaßte eine Verhandlung mit dem Kollegen Schlag und dem Baufrum, in der der Tarif an erkannt werden sollte, solange bis zwischen den Organisations- und den Arbeitern andere Abmachungen getroffen würden. Außerdem verlangte die Firma, daß wir uns von Seiten des Verbandes verpflichten sollten, niemals eine Sperrstreik über die Firma zu verhängen, wenn diese Streikbrecher oder Unorganisierte beschäftigen würde. Wir konnten darauf nicht eingehen und teilten der Organisation der Hilfsarbeiter sowie der Christlichen dies mit, was dann ebenfalls durch ihre Vertreter erklären ließen, etwas deraartiges nicht zu unterschreiben. Das war also die größte Geldbent der Christlichen, die sie heute noch nicht ruhig schlafen läßt. Daß sich aber die schwarzen „Führer“ mit „Händen“ und „Füßen“ gegen die Einführung der neuneinhalbstündigen Arbeitszeit gestimmt haben, das sagen sie nicht. Darüber schweigen sie in allen Sprachen, die ihnen sonst so sehr geläufig sind. Nur dem Zentralverband ist es ganz allein zu verdanken, daß innerhalb zehn Jahren der Lohn von 87 auf 57 S gestiegen und die Arbeitszeit von 10 1/2 und 11 Stunden auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt worden ist. Daran gibt es nichts zu deuteln oder zu W-Glabdächern. Die Christlichen haben rein gar nichts getan, um die traurige Lage verbessern zu helfen, im Gegenteil, sie legen ja Wert darauf, als „Wollwert“ gegen die moderne Arbeiterbewegung zu gelten. Es ist auch ein Glück für alle Bauarbeiter, wenn dieser schwarze Giftbauch aus ihren Reihen vertrieben wird, denn wo er Eingang findet, da tritt Erstarrung und Verblöbung ein. Es ist jedenfalls eine bekannte Tatsache, daß die Christlichen immer über Terrorismus schreiben, als ob sie eine Art Verfolgungswahn zu sein, sich als terrorisiert zu betrachten. So auch in Wohnort. Wie der christliche Sekretär schreibt, soll dort wieder ein echter Christ als Streikbrecher beschimpft worden sein. Er verweist aber hinzu, daß der betreffende „Christliche“ im vorigen Jahre sieben Wochen lang Streikbrecher war. Dies wird wohl genügen, aber der christliche Herr Beamte kennt ja nicht einmal seine Getreuen, in dieser Beziehung könnte er sich bei dem „zweiten freien Beamten“ sichere Auskunft holen. Auch im vorigen Jahre mußten wir gegen denartige Verlogenheiten gerichtlich Stellung nehmen und die Folge war, daß der Zentrums-Redakteur wegen Verleumdung 80 Strafrubeln zahlen mußte; sein Gewahrsamman war leider nicht zu ermitteln. Diese lokalen christlichen Gräueltaten seit dieser Zeit nimmt das schwarze Lokalblatt die Mitteilungen der „wahrheitsliebenden“ Christen nur unter „Eingeklammt“ auf, damit der betreffende Redakteur nicht noch einmal zu diesen braucht. So steht die Sache bei nächster Betrachtung aus, und die Tagesbedeutung der Christen scheint wie Butter in der Sonne.

Bremen. Von dem Kollegen Böhlant erhalten wir eine Zuschrift, worin er sich gegen den Bericht über die Versammlung am 18. Juni in Nr. 28 des „Grundstein“ wendet. In seinem Schreiben heißt es: „Allerdings begann ich meine Ausführungen mit den Worten: „Heute macht es wenigstens Spaß, in der Versammlung zu sein.“ Ich meinte sie aber anders als sie diejenigen ausfüllten, die darüber lachten; denn ich sagte sofort darauf: „Wie ist es aber gar nicht lächerlich, sondern bittere Ernst.“ Ich wollte damit nur meine Genugtuung ausdrücken, daß der kollektive Wahn als Redakteur des „Grundstein“ annehmen war, um sich von seiner falschen Ansicht von dem „pergilteten Vereinsteilen in Bremen“ überzeugen zu können. Nach dem Bericht gingen meine weiteren Ausführungen in der Richtung verloren; ich bezeichne das als eine gewisse Unwahrheit des Schriftstellers —.“ Das ganze Schreiben des Kollegen B. ist sehr groß und lang und enthält neben dieser von uns wiedergegebenen tatsächlichen Mitteilung eine Anzahl Angriffe gegen den Schriftführer des Zweigvereins Bremen und gegen den Kollegen Blumig, der dadurch geküßt haben soll, daß er den nach Ansicht des Kollegen B. fehlerhaften Bericht nicht zurückgemeldet oder richtig gestellt hat. Wir brachen den weiteren Teil des Schreibens nicht ab, um den rein persönlichen Streit im Zweigverein Bremen nicht noch weiter und tiefer fressen zu lassen. Ewig kann es ja so nicht bleiben; die Kollegen müssen sich früher oder später wieder zu gemeinsamer Arbeit aufeinanderfinden; das wird aber desto mehr erleichtert, je größer die Summe der persönlichen Erbitterung ist, die dieser Streit schafft. Will der Kollege B. auch diese Belegurde, sein Schreiben abzurufen, zum Gegenstand einer Beschwerde machen, so sehen wir dem mit freier Hand entgegen.

Die Reklamation des „Grundstein“.

Briefen. Vor etwa zwei Jahren versuchten unsere Kollegen aus den umliegenden Städten, die Kollegen von Briefen zu organisieren. Weder standen den Kollegen keine Lokale zur Verfügung und so hätte die Arbeit keinen rechten Erfolg. Im Herbst 1906 wurde wieder versucht, die Organisation in Briefen hochzubringen. Dem Kollegen Schwarz gelang es auch, dort etwa 20 Kollegen zu organisieren. Die Zahl der organisierten Kollegen ging jedoch im ersten und zweiten Quartal dieses Jahres auf zehn zurück. Im Monat Mai d. J. versuchte Kollege Wendowski aus Grauburg das Verlorene wieder einzubringen, aber die Arbeit sollte auch ihm erschwert werden. Lokale zum Abhalten von Versammlungen gab es wieder nicht, weil alle Wirte Furcht vor den Behörden hatten; ihnen würde, meinten sie, die Polizeihände gefaßt, die Schankkonzession entzogen werden und anderes mehr. Nach langem Suchen und vielen Zureden gab uns der Gastwirt Kompf sein Lokal. Dieses freude, ein Lokal zu haben, war zu früh. Am 28. Mai, dem Tage der abzusaltenden Versammlung, gab die wohlwollende Polizei den Briefen den Bescheid, die Versammlung könne nicht stattfinden, da die Räume den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprächen. Später stellten uns die Obr. Götze ihre Räume zur Verfügung, eine neue Versammlung wurde angemeldet, die Räume waren wie sie sein sollten, aber obwohl die Versammlung drei Tage vorher angemeldet worden war, wurde uns der Bescheid zu teil, die Versammlung sei zu spät angemeldet, die Versammlungsanzeige wäre erst am Versammlungstage im Polizeiamt gefunden worden; also wieder nichts! Kollege Wendowski meldete noch eine Versammlung an und diese Anmeldung wurde bestätigt. Der Wirt teilte uns nun mit, daß die Versammlung wohl angemeldet sei, aber davon, daß die Behörde nichts gegen die Versammlung entgegenhalten habe, stünde auf der polizeilichen Verfügung nichts. Er müsse noch ein Schreiben von der Polizei

haben, auf dem ausdrücklich zu lesen sei, daß die Polizei die Versammlung in seinem Lokale erlaube habe. Kollege Wendowski ging zur Polizei, um die Sache zu regeln und den Wirt zu belehren, daß die erste Begehung genüge. Auf der Polizei wurde ihm von einem Sekretär, der eine wichtige Person vorstellt, mitgeteilt, daß mit der Anmeldebefreiung die Versammlung noch lange nicht erlaubt sei. Als Kollege Wendowski hiergegen protestierte, mußte er sich gefaßt lassen, daß ihm die Tilgung gewiesen wurde. Die ganze Mühe wieder vergebens! Nach einer längeren Pause, vom 5. Juni bis 22. Juni, sollte nun beim Gastwirt Hinfelmann eine Versammlung stattfinden; dieser war sehr einverstanden damit. Nach Eröffnung der Versammlung fragte der Polizeibeamte, ob der Wirt denn wirklich die Versammlung abhalten lassen wolle. Der Wirt erklärte jetzt wütend, wenn vom Streit gesprochen werde, gebe er sein Lokal nicht her. Die Versammlung war von etwa 40 Kollegen besucht und hatte bereits begonnen. Kollege Wendowski sprach etwa eine halbe Stunde und legte den Führern den Wert der Organisation klar. Unter anderem wies er darauf hin, daß wir gern friedlich verhandeln, während die Unternehmer den Streit provozieren. Da sprang der Wirt plötzlich auf und sagte: „Sie sollen nicht vom Streit reden.“ Ich fordere Sie zum ersten, zweiten und dritten Male auf, mein Lokal zu verlassen.“ Nun mußten wir wieder gehen. Auf diese Art wird in Briefen von den Behörden gearbeitet. Aber trotz dieser Machenschaften ist die Zahl der Organisierten doch von 10 auf 20 gestiegen. Die Kollegen von Briefen werden gut tun, sich Mann für Mann zu organisieren; denn nur durch eine gute und straffe Organisation, wie die unsere, können wir alle Uebel beseitigen. Den Behörden möge aber an dieser gelagte Stelle sein: „Wir schrecken trotz aller Machinationen nicht zurück; nicht früher werden wir ruhen, bis alle Kollegen von Briefen und Umgebend unserem Verbands angehören. Dieses Ziel werden wir erreichen; denn die Zunahme der Mitglieder hat bewiesen, daß die Kollegen gewillt sind, gegen alles, was ihnen in den Weg kommt, Front zu machen. Wenn uns auch keine Lokale zur Verfügung stehen, wir finden doch Mittel und Wege, uns zu organisieren. Allen Feinden zum Trotz, werden die Briefener Kollegen doch Sieger bleiben.“

Burg bei Magdeburg. In einer Zuschrift aus M d e r n wird dem „Grundstein“ berichtet, daß einige Kollegen aus Burg nach dort gekommen sind, die hätten der vor zwei Jahren errungenen zehnstündigen Arbeitszeit eine solche von zwölf bis dreizehn Stunden eingeführt haben. Dieser Umstand sollte auch einige Kollegen aus M d e r n mitmachen. Die Mehrzahl der dort anwesenden Kollegen ist aber damit nicht einverstanden und protestiert hiermit ganz entschieden gegen ein solches Verhalten. Öffentlich genügt dieser Hinweis, um die betreffenden pflichtvergessenen Kollegen zur Ordnung zurückzuführen.

Duisburg-Ruhrort. Am 28. Juni fand in M d e r s eine öffentliche Bauarbeiterversammlung für das Gebiet Gomburg-Hochheide-M d e r s statt, zu der der Kollege Weise von Bochum als Referent erschienen war. Er sprach über das Thema: „Der bestehende Tarifvertrag und das Verhalten der Unternehmer bezüglich der Arbeitszeit.“ In seinem Vortrage führte er aus, daß es in gesundheitlicher Hinsicht und zur Erhaltung eines stabilen Lohnes unbedingt nötig sei, die festgelegte Arbeitszeit pünktlich einzuhalten. Wenn dies nicht gelänge, würden uns die Unternehmer bei späteren Forderungen mit Recht entgegenhalten können, daß die Maurer gar keinen Wert auf unsere Forderungen legten. Sodann verlas Kollege Wehrnd eine Statistik, woraus es sich ergab, daß hier am Orte von 800 Verbandskollegen nur 188 die Arbeitszeit einhalten und von den Christlichen, die hier ebenso stark sind wie wir, gar nur 28 zehn Stunden arbeiten. Kollege Wehrnd will mit den Vertretern der christlichen Gewerkschaft in Verbindung treten und, wenn diese damit einverstanden sind, aber die Bauten, wo die Arbeitszeit nicht eingehalten wird, die Verhängung der Sperrbeurteilung. Die Kollegen, die dies nicht mitmachen würden, müßten beiderseits aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden. Dies wurde von der Versammlung mit großem Beifall angenommen und danach die Versammlung geschlossen.

Essen. Die Christen haben sich für die Orte Voittrop, Gladbeck und Dorten einen Angestellten zugeteilt, um den dort sich bemerkbar machenden Müllberg zu aufräumen. Der gute Mann, August Kress mit Namen, liefert nun seinen Kollegen den Beweis, daß er erstens sein Gehalt nicht umsonst bezieht und zweitens ein guter Bögling der M-Glabdacher Verleumbereusche gewesen ist. Er geht jetzt, jedenfalls um sich die Zeit zu vertreiben, mit dem Mädchen hausieren, daß die Christen auf der Suche Prosper, Schacht 6, in Voittrop, Firma Braunsteiner, wegen der dortigen Mißstände die Arbeit niedergelegt hätten (ausgerechnet die Christen, die sonst in puncto Bauarbeiterethik nicht so penibel sind), aber der Angestellte der Freien aus Essen hätte seinen Kollegen gesagt, sie sollten weiter arbeiten; auch habe er gleichzeitig für Ersatz der Streikenden gesorgt. Es ist die Unwahrheit, wenn Kress behauptet, die Christen hätten wegen der Mißstände aufgehört. Er, der selbst lange Jahre, bis zu seiner Anstellung, bei Braunsteiner gearbeitet hat, weiß genau, daß dies nicht der Fall ist. Die Christen könnten sich gegenseitig nicht verteidigen und deshalb kündigten 18 Mann. Wehrnd haben aber die anderen Christen, über 80 an der Zahl, nicht gekündigt, wenn dort Mißstände vorhanden sind? Weiter ist es unklar, daß von unserer Seite für Ersatz gesorgt wurde, das war auch nicht nötig; da ja keiner von den Christen aufgehört hat. Wären aber dort wirklich Differenzen ausgebrochen, so hätte es nur eine Postkarte bedurft, um uns über die zu ergreifenden Maßnahmen aufzuklären. Man schaltete uns einfach aus, um dann besser im Trüben fischen zu können. Anlässlich dieser Kündigung sollte am 23. Juni eine Wautenbesprechung abgehalten werden, was von den beteiligten Kollegen dem Angestellten des Zentralverbandes mitgeteilt wurde. Als unsere Kollegen zu der Besprechung erschienen, wurden sie aufgefordert, das Lokal zu verlassen, es sei eine Mitgliederversammlung. Erst wird man ohne jede Nachricht gelassen und hinterher geht man mit dem Mädchen hausieren, wir hätten den Streit gebrochen. Mögen unsere Kollegen dem christlichen Mädchen-erzähler, wenn er wieder mit diesen unwahren Geschichten, den Mund stopfen, daß er das Wiederkommen ver-

gibt. Für jeden Fall, den Kress uns nachweist, daß wir an Stelle der Christen unsere Leute eingeschoben haben, soll er M. 10 für seine Klasse erhalten. Dann er seinen Fall nachweisen, so weiß jeder, daß er diese Geschichten nur kolportiert, um uns unsere Kollegen absperrig zu machen.

Konstanz. Die Folgen des Submissionswesens. Hier wird gegenwärtig von der Firma Dörper ein städtischer Schulhausneubau hochgeführt. Die Firma erhielt diesen Bau als Mindestfordernde, bei einem Unterschied von M. 2400 vom Höchstfordernden. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, wenn bei der Bauausführung nicht alles in Ordnung ist. Bei einem Unglücksfall, der in der vorigen Woche passierte, war nicht einmal Verbandzeug vorhanden. Es sind dort 60 bis 70 Arbeiter beschäftigt. Als dem Polier Steiner die Anschaffung von Verbandzeug nahe gelegt wurde, sagte er: „Ach, für was sind denn die Geräte da.“ Eine zeitweise als Materiallager benutzte Baudecke entbehrt jeder Stützgelegenheit. Der ganze Gang, viel zu kleine Abort (drei Stiege für 70 Mann) befindet sich in schlechtem Zustand. Angesichts dieser Zustände ist es nicht auffällig, wenn der Unternehmer Dörper zum Zweck besserer Ausbeutung fast nur Italiener beschäftigt. Nach der Aussage des Poliers Steiner ist es ihm streng verboten, „Kreuzen“ (gemeint sind gewiss organisierte Arbeiter) einzufüllen. Tatsächlich werden auch solche stets abgewiesen, um gleich darauf unorganisierte Italiener einzustellen. Es ist traurig, daß die in Konstanz ihre Steuern zahlenden Kollegen diese Skandalisierung so gleichgültig hinnehmen. Der schwache Versammlungsbesuch muß endlich aufhören.

Memmingen. Der Vorstand des Zweigvereins richtet hiermit an die Kollegen die Aufforderung, pünktlicher und zahlreicher zu den Versammlungen zu kommen, als sie es bisher getan. Die Versammlungen finden jeden ersten Samstag im Monat statt. (Es muß wohl konstant mit der Organisationsfähigkeit der Kollegen ausfallen, daß sich der Vorstand zu dieser öffentlichen Ermahnung gezwungen sieht. Die Red.)

Bassau. Am 1. Juli tagte hier wieder eine mittelmäßig besuchte Maurerverammlung, in der Kollege Stadler aus München als Referent anwesend war. In zweifelhafte Ausfühungen über Zweck und Nutzen der Organisation verband es Kollege Stadler wiederum, die Passauer Kollegen aus dem Schlafe zu wecken. Reicher Beifall lohnte Kollege Stadler für sein Referat. Zwei Kollegen traten dem Verbands bei. Bei der Wahl des Kassierers wurde Franz Donahuber gewählt. Der Vorstand ermahnte die Kollegen, das Gehörte auch in Laten umzusetzen und mit der Agitation nicht zu ruhen, bis der letzte Maurer dem freien Verbands beigefügt sei.

Ruhrort. In Nr. 25 der „Baugewerkschaft“ berichtete ein „Wahrheitsmann“ unter Duisburg-Weed von einem Neubau, auf dem meistens unorganisierte Maurer und Arbeiter 10 1/2 Stunden arbeiten. Weiter heißt es dann in dem Geschriebel: „Als weiße Maßen sind unter diesen Indifferenten aber zwei Mitglieder des sozialdemokratischen Maurerverbandes, die zugleich als zielbewusste Genossen bekannt sind. Trotzdem hier durch Tarifvertrag die zehnstündige Arbeitszeit festgelegt ist, arbeiten diese beiden mit den Unorganisierten zusammen täglich 10 1/2 Stunden.“ Dieses ist die größte Unwahrheit. Es arbeiten an diesem Bau nicht, wie behauptet wird, zwei, sondern drei unserer Kollegen, die von Beginn des Arbeitsverhältnisses an bei diesem Unternehmer nach dem Vertrage zehn Stunden gearbeitet haben, obgleich einige Unorganisierte die Arbeitszeit auf 10 1/2 Stunden ausdehnten. Ueber die Richtigkeit dieser Behauptungen können bei dem hiesigen christlichen Beamten Schneider Erkundigungen eingegogen werden. Schneider erklärte, als er auf diese Gemeinheit in der „Baugewerkschaft“ aufmerksam gemacht wurde: „Ich habe selbst festgestellt, daß die Behauptungen unklar sind“ und fügte noch hinzu: „Wenn ich nur möchte, wie diesen schloßen Bericht geschrieben hat.“ Auch Schneider versprach, eine Verichtigung an die „Baugewerkschaft“ einzufenden, was aber noch nicht geschehen ist. Es ist notwendig, einmal kurz zu unterfragen, wer fortgesetzt indirekt und direkt darauf hinarbeitet, daß die tarifliche Arbeitszeit von 10 Stunden überschritten wird. Der Unternehmer Kiefer in Duisburg beschäftigt auf der neuen Kolerianlage der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ meistens christlichorganisierte Arbeiter, die längere Zeit 10 1/2 Stunden arbeiten. Drei unserer Kollegen protestierten gegen diese unorganisierte Arbeitszeit und verlangten eine Arbeitszeit von 10 Stunden pro Tag. Dieses habe jedoch den in größerer Anzahl dort beschäftigten „Christen“ nicht. Sie hielten unseren drei Kollegen am 10. Juni das Ultimatum: Wenn Ihr Euch bis Dienstag, den 11. Juni, freilich nicht in den christlichen Verband habt umschreiben lassen, dann bleiben wir in der Wude sitzen. Man wollte auf diese Weise die lästigen Zentralverbändler, die nur 10 Stunden arbeiten wollten, loswerden oder durch Uebertritt zwingen, auch 10 1/2 Stunden zu arbeiten. Unsere Kollegen ließen jedoch standhaft und legten die Arbeit nieder. Nach Verhandlungen mit dem Polier wurden die Kollegen wieder eingestellt. Nun hielten auch die Christen die Arbeitszeit von 10 Stunden mit inne, um sich nicht vollständig zu klammern. Wer waren die Verfertiger der zehnstündigen Arbeitszeit? An dem Schulneubau des Unternehmers Baumann in Marlag wurde längere Zeit 10 1/2 Stunden pro Tag gearbeitet. Bei Beginn der Arbeit wurden auch hier meistens „Christliche“ beschäftigt. Nachdem noch einige unserer Kollegen an diesem Bau die Arbeit aufgenommen hatten, wurde von unserer Leitung verlangt, daß hier Remedur geschaffen werde. Nachdem wir mit dem Polier und dem Vertreter der Firma verhandelt hatten, wurde die Arbeitszeit eingehalten. Während der Verhandlungen oder kurz vorher äußerte einer der dort beschäftigten „Christen“ zu dem Polier: „Wende Dich an unseren Lokalbeamten, Kollegen Schneider, und schreibe ihm eine Karte, daß wir (also die „Christen“) 10 1/2 Stunden arbeiten wollen.“ Es muß bemerkt werden, daß diese Zuschlagszahlung für die Ueberarbeit, wo solche in Tarif vorgesehen ist, von dem Unternehmer strikte abgelehnt wurde. Also ohne Zuschlag wollten auch hier die „Christen“ 10 1/2 Stunden arbeiten. Dieses wurde aber durch unser Einwirken beseitigt. Bei dem Unternehmer Meyer in Ruhr-

ort, der einige Koloniehäuser aufführt, wird 12 Stunden gearbeitet. Um diesem skandalösen Treiben entgegenzutreten, beriefen wir gemeinsam eine Versammlung ein. Es sind auf diesen Bauten 20 bis 25 Maurer beschäftigt. Hiervon sind 4 Kollegen in unserem Verband, 12 bis 15 im christlichen Verband; die übrigen sind unorganisiert. Als die Versammlung abgehalten werden sollte, stellte sich heraus, daß nur die Kollegen von unserem Verbands anwesend waren; von den „Christlichen“ war auch nicht einer erschienen, so daß der Lokalabteil Schneider sich allein und verlassen sah. An diesen wenigen Beispielen sehen wir, daß die Parole der Christen lautet: Bisher 10 1/2 bis 11 und 12 Stunden arbeiten als 10 Stunden.

Taucha. In der am 23. Juni im „Deutschen Haus“ abgehaltenen öffentlichen Mauererversammlung referierte Genosse Wittig aus Leipzig. Er führte ungefähr folgendes aus: Der menschliche Geist war schon von jeher bestrebt, die Entdeckung aller Dinge zu erforschen. Dieses Bestreben machte aber erst in den letzten Jahrhunderten gute Fortschritte, da ja bekanntlich bis ins 16. Jahrhundert die Wissenschaft unter dem Druck der Kirche schwerer dancberlag. Wie gebildeten Männer des Mittelalters, die es wagen, irgend etwas Neues zu lehren, wurden von der Kirche aufs ärgste verfolgt. Erst als bedeutende Männer große Entdeckungen und Erfindungen machten, wurde der Sektum der Kirche nach und nach beseitigt. Einen großen Fortschritt machte man, als die Buchdruckerkunst erfunden war. Infolge der Erfindung der Kompassess kam man auf der Erde danken, daß die Erde nicht flach, sondern eine Kugel sei. Die ganze Entwicklung zeigt, daß die Erde nicht durch einen Nachspruch entstanden ist, und daß alles Leben auf dem Monde schon existiert ist. Man braucht ja nur im Weltall hinauf, das über dem Auge der Mäcker steht, zu sehen, um die großen Geheimnisse verstehen zu können. In den Bergwerken und Steinbrüchen kann man die Schätze der Erde und die Bergangehörigen studieren. Es ist bedauerlich, daß diese Entdeckungstheorie nur bei den Bergleuten vorgehört wird, während man in der Volksschule das alte Märchen liest, daß Gott in sieben Tagen alles schaffte und von den Worten, die er alle Tage sprach, am feststen Tage ausruhen mußte. Dieser große Widerspruch bringt nicht nur die Erwachenden, sondern auch die Jugend zu der Überzeugung, daß diese Lehre falsch sein müsse. Mit dem Spruch: „An die Tiere pökt die Not, bei Frau, denn Zeit ist Brot“ schloß der Referent seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Hierfür wurden die Kollegen aufgeführt, die diesen sauberen und die richtigen Ortsnennern zu schreiben. Ferner wurde das Verhalten der Kollegen auf dem Bau am Portierweg gerügt. Derselben weigerten sich, in Taucha zu feuern, sie wollten lieber in Leipzig feuern. Die Untersuchung ergab, daß die Kollegen an solchen Orten feuerten, wo sie weniger zu zahlen hatten. Hierfür wurde beschloffen, den Ausschluß des Kolonnen Vole zu beantragen, da er sich weigerte, auf dem Bau zu feuern. Die Angelegenheit von Gebr. Nothe und M. Schmidt wurde dahin geregelt, daß sie bis zum 29. Juni K. 150 zu zahlen haben. Ferner beschloß man, in nächster Zeit eine Versammlung in Hohenheide abzuhalten, um den dortigen Mier, der den Arbeitern mande Opfer bringt, auch einmal finanziell zu unterstützen.

Korgan. Die Firma Hoffmeister & Naumann hat die Arbeiter am katholischen Schul- und Wohngebäude so billig übernommen, daß sie nach Ausprüfungen anderer Unternehmer nur mit Verlust arbeiten kann. Sie scheint sich nun an den Gesellen schädlich halten zu wollen. Durch fortwährende Lebensnahrung versucht sie, die Arbeiter zu angeltendster Tätigkeit anzuspornen. Als der Unternehmer Hoffmeister am 13. Juni wieder eine Weile bei den Arbeitern gesehene hatte, glaubte er, bemerkt zu haben, daß ein Maurer viel zu langsam arbeite. Schnell entschlossen verhängte er dessen Entlassung. Er hatte aber nicht mit der Solidarität der Kollegen gerechnet, die nun erklärten, unter diesen Umständen gleichfalls nicht weiter arbeiten zu wollen. Man wurde Hoffmeister anderen „Sinn“ nach einigen Auseinandersetzungen schritt man zur Ausmessung der von dem wegen angelegter Kautelien entlassenen Kollegen geleisteten Arbeit. Nach dem Resultat gab Herr Hoffmeister zu, daß er seinen Tadel nicht aufrecht erhalten könne und daß er sein Unrecht einsehe. Inzwischen war es Feierabend geworden, und nun mußte der Unternehmer auch die bei den Differenzen draußengegangene Zeit von rund zwei Stunden für alle Kollegen bezahlen. Schon einmal mußte die Arbeit bei der Firma eingestellt werden, weil sie den schließlich anerkannten Lohn nicht zahlen wollte; auch damals mußte sie sich nach anderthalbstündiger Unterbrechung der Arbeit fügen.

Vermerksrichten. Am 30. Juni tagte eine Mitglieder-versammlung des hiesigen Zweigvereins, die wie immer, äußerst schlecht besucht war. Viele Kollegen führen dies auf die mangelhafte Führung der Vorstandsgeschäfte seitens des Vorstehers zurück. Wir sind der Überzeugung, daß es nicht länger so fortgehen kann; gerade, wenn wichtige Vereinsangelegenheiten zu besprechen sind, kann entweder die Versammlung nicht pünktlich anfangen oder überhaupt nicht stattfinden und zwar infolge des Schlenkerens unseres Vorstehers. Wir meinen, gerade der Vorstehende sollte den Mitgliedern ein Vorbild sein. Aber es ist so: Niemand kann etwas Herrn dienen. Dieses trifft hier auch zu. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, unseren Vorstehenden an seine Pflicht zu erinnern, daß er der Organisation mehr Interesse zeigt als bisher.

Hiesiger Lage.

Düsseldorf. Geßperri ist der Neubau Grafenbergerallee 64. Die Firma Corntenberg & Co. von Nheidt hat in Düsseldorf ein Zweiggeschäft errichtet, sie weigert sich aber, den hier geltenden Tarif anzuerkennen, statt 70 A Stundenlohn zahlt sie nur 60 A. Als ein Mitglied der Lohnkommission bei der Firma vorstellig wurde, wurde ihm erklärt, daß sich die Firma um den Tarif nicht kümmern, sie werde in Zukunft überhaupt nur noch Italiener beschäftigen. Es wird dringend ersucht, bei Corntenberg keine Arbeit anzunehmen, damit auch dieser Herr die Organisation und den Tarif anerkennt.

Ausland.

Frankreich. In Velfort streikten die Maurer. Sie veranfaßten einen Antrag durch die Stadt, wobei sie eine Fabrikanten mit der Aufschrift: „Falls die Unternehmer nicht nach-

geben, verlassen wir die Stadt.“ 350 Maurer haben die Drohung verwirklicht und sind teils nach dem Elsas, teils nach der Schweiz abgereist. Die Lage der Unternehmer ist ziemlich schwierig.

Wie ehrliche Arbeiter um ihren Lohn geprellt werden.

Es kommt im privatkapitalistischen Zeitalter sehr oft vor, daß Arbeiter für ihre geleistete Arbeit keine Bezahlung erhalten, daß verjucht wird, sie durch allerlei schwindelhafte Wänder um ihren sauer verdienten Lohn zu prellen. Derartige Vorgänge sind im Wesen des herrschenden Systems begründet und sie werden erst dann verschwinden, wenn das System selbst beseitigt ist. Naturgemäß kommen sie fast nur in Privatbetrieben vor; bei Arbeitern, die von Gemeinde- und anderen Behörden aufgeführt werden, hält man sie gewöhnlich für unmöglich. Ein ganz besonders krasser Fall dieser Art, bei dem es die Arbeiter nur ihrem energischen Vorgehen zu danken haben, daß sie wenigstens noch einen Teil ihres Lohnes bekamen, trug sich vor einiger Zeit in dem Badeort Binz auf Mügen zu, der besonders deshalb verdient, weil er kreisfrei der Öffentlichkeit bekannt zu werden, weil in diesem Falle nicht nur ein Unternehmer, sondern auch die Gemeindeverwaltung eine — sagen wir einmal — schändliche Rolle spielte.

Die Gemeinde Binz läßt in diesem Jahre ihr vor zwei Jahren abgekauftes Rathaus wieder aufbauen. Die Arbeiten sind dem Unternehmer M a n aus S e t t i n übertragen. Da es bei der Kürze der Zeit — der Bau soll zu Beginn der Hochsaison (15. Juli) fertiggestellt sein — dem Unternehmer nicht mehr möglich war, genügt heimliche Arbeitskräfte zu bekommen, stellte er Maurer und Bauarbeiter aus Berlin und Stettin ein. Er verpachtete ihnen das Meißelgeld, gingen die Leute ohne Beben auf Meißelgeld. Als sie dort ankamen und ihren Anspruch auf Meißelgeld geltend machten, machte der Unternehmer schon allerlei Ausflüchte. Auch die Arbeitsverhältnisse waren nicht die besten. Eine Bauwunde war überhaupt nicht vorhanden und trotz fortgesetzten Drängens der Maurer wurde auch keine ausgeführt. Am Sonnabend den 8. Juni, als die Lohnzahlung beginnen mußte, war der Unternehmer, der sonst die ganze Woche nicht vom Bau herunterging, verschwunden. Die Polizei erklärte, daß der Unternehmer ihm sein Geld zur Auszahlung übergeben hätte, daß aber ebenfalls die Gemeinde, die dem Unternehmer schon jeden Sonnabend Geld zur Auszahlung überweisen hätte, eintreten würde. Der Unternehmer mußte aber zur Leistung der Unterschift anwesend sein. Da um 8 Uhr ein Dampf aus Stettin ankam und der Gemeindevorsteher, der ebenfalls von den Geldsakramenten des Unternehmers unterrichtet war, schon am Sonnabend Morgen telegraphiert hatte, daß der Unternehmer kommen solle, lebten die Arbeiter in der Hoffnung, noch spät Abends ihr Geld zu bekommen. Doch der Unternehmer kam nicht; statt seiner kam ein Telegramm folgenden Wortlauts: „Von Klfow (Gemeindevorsteher) Geld holen, komme morgen.“ Die Leute, die bis spät Abends vor der Tür des Gemeindevorstehers gewartet hatten, gingen bei Bekantgabe des Telegramms, wenn auch hungrig, so doch beruhigt nach Hause, in der sicheren Erwartung, wenigstens am Sonntag zu ihrem sauer verdienten Lohn zu kommen. Die Polizei sagte dann, daß am Sonntag um 9 Uhr die Lohnzahlung beginnen solle. Die Leute fanden sich denn auch zur festgesetzten Zeit wieder vor dem Hause des Gemeindevorstehers ein, doch sollten sie in ihren Erwartungen wiederum getäuscht werden. Wer sich nicht sehen ließ, war der Bauunternehmer, und auch von dem Gemeindevorsteher war keine Spur zu bemerken.

Nun wurden die Leute doch unruhig, denn ein großer Teil von ihnen ist verheiratet und meist mittellos, und viele hatten schon seit dem Vesper am Sonnabend nichts mehr gegessen. Sie schickten daher zum Kollegen vom Gemeindevorsteher, die Mißsprache mit ihm nehmen sollten. Der Gemeindevorsteher erklärte seinen Kollegen, daß von der Gemeinde kein Geld zu erwarten sei, denn diese halte sich nicht für zahlungspflichtig. Ueberhaupt hätte der Unternehmer schon bedeutend mehr Geld erhalten, als die Gemeinde zu zahlen brauche. Nur mit vieler Mühe gelang es den Vertretern der Arbeiter, dem Gemeindevorsteher die Notlage der Arbeiter klar zu machen, so daß er wenigstens K. 100 zur vorläufigen notwendigen Befristung der Arbeiter bewilligte. Auf das Drängen der Arbeiter, doch eine bestimmte Antwort zu geben, ob der Bau von der Gemeinde in eigener Regie weitergeführt werden würde und wenn nicht, dann den Arbeitern doch so schnell wie möglich Meißelgeld zu geben, da doch bei längerem Verweilen ihrer Lage immer unangünstiger werde, gab der Gemeindevorsteher Antworten, woraus zu entnehmen war, daß der Bau entweder in eigener Regie weitergeführt würde oder in Zukunft von der Gemeinde für die Lohnzahlung Garantie übernommen werde. Am Montag wolle die Gemeindeverwaltung nach Bergen fahren, um sich von ihrem juristischen Beistand Rat zu holen, und am Nachmittag solle eine Sitzung der Gemeindeverwaltung stattfinden, an der die Vertreter der Arbeiter teilnehmen sollten, um über die weiteren Schritte zu beraten. Mittlerweile war aber die Finger Polizei, die sonst nur ein Mann stark ist, um mehrere Mann verhaftet worden; jedenfalls weil man glaubte, daß die hungernden Leute Ausschreitungen begehen würden.“ Nachmittags zogen die geprellten Arbeiter wieder vor das Gemeinamt, um das Resultat der Sitzung abzuwarten. Auf dem Wege kam ihnen auf einmal der Unternehmer entgegen, der auf die Anfragen ganz verunndert tat, daß die Leute noch nicht im Besitz ihres Lohnes seien. Die Leute ließen ihn nun natürlich nicht mehr aus den Augen und nahmen ihn gleich mit zur Gemeindevertreterung. Hier angekommen, bekamen die eingeladenen Vertreter der Arbeiter jedoch keinen Zutritt zur Sitzung, denn der Gemeindevorsteher erklärte, daß, da der Meister jetzt anwesend sei, auch mit ihm verhandelt werden müsse.

So ging es bis 7 Uhr. Am 7 Uhr kamen der Unternehmer und einige Gemeindevorsteher aus dem Sitzungssaal, und der Unternehmer erklärte im Wesen von diesen, daß jetzt nur ein Bau aufgemessen werde solle, um festzustellen, wieviel Geld er noch zu bekommen habe, in zwei Stunden hätte ein jeder sein Geld. Nun ging es zum Bau; die Arbeiter dem Unternehmer immer aus den Fersen. Als die Aufmessung beendet war, ging es wieder nach dem Gemeinamt. Um 11 Uhr endlich bekam die Vertretung der Arbeiter, die

um 5 Uhr geladen war, Zutritt zur Sitzung. Allein der Unternehmer war — verdammt! — auf dem guten Rat des Bürgermeisters hatte er die Sitzung durch eine Interdixir und Binz auf dem schnellsten Wege verlassen.

Die Vertretung der Arbeiter wurde nun ersucht, ihren Standpunkt zu begründen. Allein die schönste Begründung half bei diesen Gemeindevätern nichts. Ein Gemeindevertreter meinte, er selbst habe für den Unternehmer die Forderungen gemacht und müßte auch zufrieden sein, wenn er kein Geld bekäme. Wirklich eine schöne Begründung für einen Gemeindevorsteher: weil er selbst nichts bekommt, brauchen auch die Arbeiter nichts! Auf einen weiteren Einwand, die Gemeinde sei doch mindestens verpflichtet, für die notwendige Befristung der mittellosen Arbeiter Sorge zu tragen, erwiderte ein Gemeindevorsteher, die Arbeiter hätten doch vorher von ihrem Lohn etwas sparen sollen. Nach langem Hin- und Herreden beschloß zuletzt die Sitzung K. 10 für jeden Arbeiter, damit die Reiseflohen nach Stettin bestritten werden könnten. Der Einwand, daß die K. 10 doch unbedingt zur Reise notwendig wären und die Betroffenen ja dann doch ihren Verpflichtungen (Kost und Logis) gegenüber diesen Gemeindevätern nicht nachkommen könnten, rührte diese Gemeindevorsteher nicht im geringsten. Unter seinen Umständen würde mehr gegeben, hieß es. Diesen Beschluß leitete die Vertretung ihren draußen harrenden Kollegen mit. Allgemeine Empörung war natürlich die Folge, und es wäre jedenfalls zu schlimmen Szenen gekommen, hätte die Gemeindevertretung nicht im letzten Augenblick erklärt, am Dienstag, 9 Uhr, noch einmal über die Sache beraten zu wollen. Am Dienstag fanden sich die Arbeiter wieder zur festgesetzten Zeit vor dem Gemeinamt ein. Auch die Gendarmerie war schon wieder über Nacht verlastet worden. Nach kurzer Beratung leitete der Bürgermeister mit, daß die Gemeindevertretung den Arbeitern ihrer Lage bezahlen wolle. Auf die Einwendungen der Arbeiter, daß sie auch mit diesem Gelde ihren Verpflichtungen nicht nachkommen könnten und daß sie den Ort nicht als Lumpen verlassen wollten, erwiderte der Gemeindevorsteher Naof, daß Leute, die kein Geld hätten, doch keine Betrüger seien. Mit anderen Worten: Nehmt das Geld zur Reise und bezahlt eure Schulden nicht. Um aber endlich in den Besitz von Geld zu kommen und ihren Hunger stillen zu können, erklärten sich die Arbeiter mit dieser Abschlagszahlung einverstanden. Am Dienstag Nachmittag bekamen die Arbeiter endlich einen Teil ihres Lohnes. Bei der Lohnauszahlung wurde von den Arbeitern noch etwas festgesetzt, was für die Gemeindevertretung von Binz besonders bezeichnend ist. Am Montag wurde den Arbeitern gesagt, daß die Aufmessung des anderen Baues erfolgen solle, um den Arbeitern den rückständigen Lohn zu sichern. In der Sitzung am Dienstag wurde von den Arbeitern festgesetzt, daß die Aufnahme nicht geschah, um den rückständigen Lohn zu sichern, sondern um der Gemeinde Erlaß zu bieten für das Geld, das die Gemeindevertretung dem Unternehmer schon im voraus bezahlt hat; ob aus Dummheit oder Gutwilligkeit entzieht sich unserer Kenntnis. Um sich ihren Wählern gegenüber den Rücken zu decken, versuchen sie noch schnell, soviel wie möglich herauszuholen von dem, was der Unternehmer schon zuviel bekommen hat. Die hungernden Arbeiter werden belogen und können ja sehen, woher sie ihr Geld bekommen. Die Gemeindevertretung jagt erst noch schnell für sich und dann läßt sie den — Unternehmer einweisen, damit ihn die Arbeiter nicht zur Rechenschaft ziehen; für die schließlich zum äußersten getriebenen Arbeiter steht ein hartes, mit Bronningspistolen ausgerüstetes Gendarmerieaufgebot bereit. Jedes Wort zur Kritik erkräftigt sich bei den vorgetragenen Tatsachen. Sie zeigen, welch schwerer Kampf es mandmal bedarf, um nur zu dem sauer verdienten Lohn zu kommen, und was es mit dem Wort von „der gesicherten Existenz der Arbeiter“ auf sich hat.

Ein er, der mit dabei war.

Die Techniker.

Anlässlich der großen Metallarbeiterausperrung im Jahre 1905 in Berlin wurde in betaglichen Kreisen die Frage erörtert, ob der Techniker überhaupt zur Leistung von Handarbeiten im gewerblichen oder industriellen Betriebe verpflichtet werden könne. Die Meinungen der die Frage behandelnden Juristen waren geteilt. Eine Partei hieß den Streikbruch gut (die Techniker waren in großer Zahl Streikbrecher), während die andere erklärte, „es sei mit der Fortschrittlichkeit, der Bildung der Techniker nicht vereinbar, grobe, handliche Arbeit wie Kohlenhauen etc. zu leisten“. Wegen der besseren Bildung“ also. Im Vordergrund ist es bekanntlich so, daß, wenn irgendwo gestreikt wird, der Techniker entweder seine Stelle quittieren oder Streikbrecher werden muß. Dies ist so Regel. Wir wollen indessen diese Frage keiner näheren Unteruchung widrigen, denn sie ist nur eine Folge des sozialen Stens der Techniker. Und über dies soll in diesem Aufsatz gesprochen werden. Der Beruf des Technikers als „Vorgesetzter“ der Arbeiter und als dienendes Glied des Kapitalismus ist für uns besonders beachtenswert. So mancher Kollege beschädet den Herrn Bauherrn als der verkörperte Intelligenz, und in seiner Gegenwart wagt man es nicht, über Organisations- oder auch Frachangelegenheiten zu sprechen. Das erklärt sich dadurch, daß es viele Techniker gibt, die die Arbeiter auf alle mögliche Art schamieren. Die Organisation der Arbeiter ist diesen Leuten verhasst, warum, wissen sie freilich selbst nicht. So ist fall allgemein das Verhältnis des Technikers zu den Arbeitern meistens gespannt, wegen der Dämnlung des „Stechfragenproletariats“ kommt, die bei ihrer Bezahlung in einem Freitagslohn hinauszufließen. Das trägt gewiß nicht dazu bei, die Achtung der Arbeiter vor diesen Menschen zu erhöhen. Ähnliche Ausnahmen gibt es allerdings auch, aber es sind eben auch Ausnahmen. Was sich aber der Arbeiter als Mensch fühlt, schwindet die Ehre und der Haß gegen den papierenen Tagelöhner“ macht einem berechtigten Mitleid Platz. Wo der Techniker anberstet seine Klassenlage er kann hat, schwindet auch sein Dünkel gegenüber dem Arbeiter. Woher hängt eben eng zusammen. Der Techniker wie der Arbeiter wirkt seine Arbeitskraft auf den Markt, die bei eine theoretisch, der andere praktisch anwendet, aber beide gegen Lohn resp. Gehalt.

Die Bezahlung dieser Kopfarbeiter ist sehr ungleich und durchaus ungenügend. Welche Sehnsucht in diesen Kreisen nach dem Monatslohn! Der zu erwartende Gehalt ist schon aufgebraucht, ehe ihn der Techniker zu Gesicht bekommt. Die Pünktlichkeit ist sehr groß. Wer je in diese Atmosphäre hineingeklingelt hat, oder selbst beteiligt war, wird es begreifen finden, daß mancher Maurer oder Zimmermann, der einige Semester Bauhauhe abfolviert hat, wieder zur Kelle oder zur Wirt greift. Ist auch kühnens sehr vornehm. In der geringen Bezahlung kommt noch das auch die Arbeitszeit gänzlich unregelmäßig ist. In größeren Geschäften sind die Bureauarbeiten festgesetzt, meist neun bis zehn Stunden, im Kleinbetrieb, der in unfernen Gewerbe noch vorwiegt, sind die Techniker mitunter halbe Nächte lang arbeiten, um sich seine Stellung zu erhalten. Die Rechnungen schreiben, Entwerfen oder Abpausen, wo kein Maßpaßapparat vorhanden ist, sind die gewöhnlichen Nebenarbeiten. Dafür gibt es aber vielleicht die 20 Christkindlein. Ein großer Teil der Bautechniker verfiel über nur geringe fachliche Bildung, namentlich die Wohlhabenderen, denen später kraft ihres Einküngenemans und der elterlichen Geldsäcke selbst bei den schlechtesten Leistungen die leitenden Stellen offenstanden. Derkommen und Empfindung spielen dabei eine sehr große Rolle. Der arme Techniker muß sehen, wie er sein geistiges Eigentum an der Maun bringt. Ueberhaupt das geistige Eigentum! Der Architekt gibt eine Idee an. Die Hülfsmannschaften verarbeiten diese, wobei manche Erfindung gemacht wird. Ohne viel Geldverdienst läßt sich der Architekt die Erfindung patentieren und beutet sie aus oder läßt sie ausbeuten. Der Techniker wird ja bezahlt und muß für das Geschäft seine volle Kraft einsetzen. Wie kann er da seine Arbeit als Eigentum beanspruchen! Wer nicht zufrieden ist, kann ja gehen!

Die schon erwähnte Bezahlung der Techniker sei mit einigen Zahlen belegt. Sie ist sehr verschieden; von M. 50 beim „Angehenden“ bis zu M. 150-200 monatlich beim „Erstklassigen“ sind alle Stufen vertreten. Allgemeine Statistiken über die Lohnhöhe besitzen nicht. Einige Sätze entnehmen wir der „Deutschen Techniker-Zeitung“. Im Juli 20 werden „Solte Zeichen, tüchtig auf Bureau und Baustelle“ gesucht, Lohn M. 120-140; für M. 22 abbad ein „Tiefbautechniker für Hausanschlüsse und Bauaufsicht“, Lohn bis M. 120 monatlich. Diese Proben mögen die Hungerlöhne illustrieren. Der Durchschnittsgehalt der Techniker wird mit M. 100 monatlich eher zu hoch als zu niedrig geschätzt. Man vergleiche demgegenüber die Löhne der Arbeiter, die eine gute Organisation im Rücken haben, was bei den Technikern nicht der Fall ist. Den „Deutschen Technikerverband“ kann man nicht als Organisation betrachten. Es ist ein bürgerlich-patriotischer Verein, wo nie das übliche „Hoch“ fehlt. Der Verein zählt rund 25 000 Mitglieder verschiedener Berufe. Mitglied kann jeder „unbescholtene deutsche Techniker“ werden (§ 4 des Statuts). Der Zweck des seit 23 Jahren bestehenden Vereins ist Stellenvermittlung, Pflege der Gefelligkeit und Unterstützungseinrichtungen. Nicht zu vergessen die Pflege der „gesellschaftlichen Bildung“. Welche ein Hohn für den schlecht bezahlten Ingenieur! Hungerlöhne und gesellschaftliche Bildung! Ohne Zweifel vollzieht sich die Proletarisierung der Techniker in dem Maße, wie die Arbeiter ihr Dasein durch die Organisation verbessern. Der Arbeiterlohn steigt, der Gehalt der Techniker fällt, weil eben keine Organisation vorhanden und der Arbeitsmarkt überfüllt ist. Dazu wird der Techniker von seinen Chef-Verwehrender behandelt als der Arbeiter. Während dieser fordert, bittet, fleht. In den gesellschaftlichen Verhältnissen ist auch die Erklärung der zahlreichen Betrugsfälle und Unterschlagungen seitens der angehenden gegeben. Das wirtschaftliche Elend ist größtenteils die Ursache für diesen Vergehen. Würden die Techniker den arbeitslosesten Standesbündel in seiner Höhe nicht erkennen, so brauchen sie sich nicht vor den Arbeitern zu schämen. Unsere reichenden Kollegen werden schon häufig die Bekanntheit stellenlos Techniker gemacht haben. Praktische Arbeit läßt ihr Dasein nicht zu und bei passender Gelegenheit werden sie darum Lehndröder. Gar viele verkommen auch im Schmutz der Straße.

Einige Zahlen mögen noch die gesundheitlichen Verhältnisse dieses Berufes belegen. Der schon genannte D. Z. B. hat u. a. eine Krankestatistik als Unterabzweig mit 2299 Mitgliedern. Im Jahre 1906 wurden 1890 Krankheitsfälle gemeldet. Die wichtigsten Zahlen über die Art der Krankheitsfälle seien wiedergegeben. Es kamen auf

Rohn- und Kieferkrankheiten	106 Fälle
Rheumatismus	102 "
Augenkrankheiten	99 "
Nervenkrankheiten	90 "
Geschlechtskrankheiten	74 "
Hals-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten	70 "
Magenkrankheiten	68 "
Aufströmen- und Bronchialkatarrh	59 "

Allein rund 9 pzt. der Mitglieder waren also augen- und nervenkrank! Diese Krankheitsziffern spiegeln die Lage der Techniker am deutlichsten wieder. Unsere Kollegen, die den technischen Beruf ergreifen wollen und sich die Wenigsten für den Besuch der Bauhauhe vom Munde absparen, mögen es sich reißlich überlegen, ob sie den schon so sehr überfüllten Markt noch mehr belasten wollen. Gründliches Nachdenken wird sie vor mancher Entäußerung bewahren. Der Traum von späterer Selbständigkeit ist eben ein Traum. Technische Kenntnisse kann selbstredend jeder verwenden. Auch der Maurer muß wissen, ob Verlöbte gegen technische Grundgesetze beim Bau vorliegen. Mancher Unfall, oder gar das Zusammenbrechen ganzer Häuser würde verhindert, falls die Kollegen die nötige Kenntnis hätten und bei der Behörde auf Stilllegung etwaiger Schwindelbauern drängten. Die Techniker mögen von den Arbeiterorganisationen aber lernen, wie sie die eigene Lage und die ihres ganzen Berufs fördern können.

Centralrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 30. Juni bis 6. Juli sind folgende Beträge eingegangen: Von der britischen Verwaltung in Hamburg M. 400, Ludenstraße 800, Treibig a. d. Elbe 200, Groß-Westen 200, Wendenhof 200, Moorburg 200, Mostod 150, Luisburg 120, Weizen 100, Königstein 100, Lannus 100, Krieg 100, Giden 100, Neudorf 100, Tempin 100, Driesen 100, Koblau 100, Anhalt 100, Hohenfals 80,40, Wiesbaden 79,59, Gilsburg 70, Steinberg 70, Hübner 60, Gütlich 58,06; Summa M. 2988,04.

Zuschüsse erhielten: Gasse M. 150, Schwelweiler 140, Köln a. Rh. 100, Bessin 100, Neuhäus a. d. Elbe 78, Neuzelle 70, Lippoldswieher 60. Summa M. 698.

Altona, den 6. Juli 1907.

Karl Meiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 67.

Dom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterschätzt nie, von Unfällen, Vaucausfürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Tagblatt zu senden.

Berlin, Freitag, 5. Juli, hat sich auf dem Bau des neuen Rathhauses in der Stralauerstraße ein bedauerlicher Unglücksfall zugetragen. Der 16jährige Mauerlehrling Max Froumel war in der zweiten Etage beschäftigt. Er trat plötzlich und stürzte aus einer Höhe von etwa zehn Metern ab. Der junge Mann zog sich einen Bruch des rechten Oberarmgelenks und des linken Unterarms sowie schwere äußere Verletzungen zu. Er erhielt die erste ärztliche Hilfe auf der Unfallstation in der Brüderstraße und wurde sodann einem Krankenhaus zugeführt.

Duisburg, Mittwoch, 4. Juli, hat sich auf dem Bau des Unternehmers Klammer-Weidrich, Stödenstraße, stürzte der Kollege Joh. Gibl von der ersten Etage durch die Balkenlage in den Keller. Er trug innere Verletzungen durch Quetschung des Rückgrats und der Brust davon. Die Balkenlage war wieder ausgefüllt noch abgedeckt. Schon oft haben wir in den Tageszeitungen und durch briefliche Mitteilung die Vaucausgehörde zu Weidrich auf diese allgemein bestehenden standstillen Zustände aufmerksam gemacht, doch, wie auch dieser traurige Unfall wieder zeigt, ohne jeden Erfolg. Wäre in diesem Fall die Balkenlage abgedeckt gewesen, konnte der Unfall nicht passieren.

Glogau, Montag, den 1. Juli, verunglückte unser Kollege Gabriel aus Anitula am Neubau des städtischen Elektrizitätswerkes dadurch, daß ihm auf unangesehelter Weise ein Ziegelstein auf den Kopf fiel. Er wurde mittels Drohke nach Hause gefahren werden.

Gottesberg, Einen schweren Unfall erlitt am Mittwoch Abend, 3. Juli, gegen 47 Uhr der Maurer Albert Baute auf dem Hotel-Neubau in der Bahnhofstraße. Der Verunglückte stand auf dem Mittelgerüst der zweiten Etage auf der rechtsseitigen Seite gegen die Hauptstraße und war mit dem Heben der Hohlziegel beschäftigt. Als er diese fest spannen wollte, riß die Säure und durch den plötzlichen Auswurf stürzte Baute durch das Fenster an der Ecke in eine Höhe von circa 10 m herab auf die Straße. Durch den Sturz erlitt er einen komplizierten Bruch des Vorderarmgelenks links, eine große Lappennarbe am linken Ellenbogen, Halswunden im Gesicht und eine Gehirnerschütterung. Der Verletzte, der verheiratet ist, wurde durch Mitglieber der Caritaskolonne in das städtische Krankenhaus überführt. Nach zweiwöchiger Krankenlager ist der Verunglückte am 6. Juli gestorben. Er hinterläßt eine Witwe mit zwei kranken Kindern. Dieser Gottesbau wird ausgeführt vom Baugeschäft Witwe Stengel in Gottesberg. Es ist dies der dritte Unfall auf diesem Neubau, die ersten waren zwar nicht tödlich, aber doch schon als schwere zu bezeichnen. Hierfür hätte ein Arbeiter bezahlt, der sich die Arbeit auslief und sich acht Tage krank war. Dann, am 28. Juni, fiel der Arbeiter Franz Leis vom Elevator ein voller Kasten mit Mörtel herab auf den Kopf, daß sie eine schwere Kopfverletzung erlitt. Da die Frau bis heute noch nicht wieder arbeitsfähig ist, so kann dieser Unfall als ein leichter nicht angesehen werden. Obgleich Aufseher von dem genannten Geschäft genügend vorhanden sind, mögen wohl die Unfallverhütungsvorschriften wenig beachtet werden. Die Aufseher sind wohl nur zum Ansehen der Arbeiter da. Es wäre bringend nötig, daß Arbeiterkontrolloren eingeführt würden, um viele Unfälle zu vermeiden.

Graubenz, Wie die Gesundheit und das Leben der Arbeiter in Graubenz gewahrt wird, zeigt folgender Fall: Am 13. Juni fiel ein Ziegelstein auf dem Neubau Unterthonerstraße 2, ausgeführt von den Maurermeistern Herren Mirow und Müller, ein Ziegelstein auf der dritten Etage herunter und verlegte den am Bau beschäftigten Bauhülfsarbeiter Nöbelmann demnach schwer am Kopf, daß er nach dem städtischen Krankenhaus überführt werden mußte. Der Schaden des Verunglückten ist durch den schweren Schlag des Steines demnach gespalten, daß das Gehirn zum Teil bloß gelegt wurde, ob er noch einmal wieder arbeitsfähig werden wird, ist zu bezweifeln. Dieses Unglück konnte verhütet werden, wenn der den Bau leitende Vaucaus der Behörde von Graubenz den Maßnahmen der Arbeiterkontrolloren, die einige Tage vor dem Unfall den Bau kontrollierten, nachgegeben wären. Es fehlte an diesem Bau jegliche Abdeckung nach außen hin, obwohl sämtliche Stein- und Kalkträger dicht am aufgehenden Mauerwerk, also unter den über ihnen arbeitenden Mauern, ständig beschäftigt waren. Nach dem Unglücksfall ist dann auch sofort das vom Kollegen Wendenhoff bei der Behörde und dem Vaucaus verlangte Schutzgerüst, das er am Tage der Bautenkontrolle (4. Juni) forderte, hergestellt worden. Man deckt aber erst den Brücken zu, wenn das Kind ertränkt ist. So auch hier. Den am Bau beschäftigten Arbeitern aller Berufe mußte durch dieses Unglück klar werden, wie dringend notwendig es ist, ihr Augenmerk auf den Gerüstbau und die Schutzvorrichtungen zu richten, damit in Zukunft ber-

gleichen Unglücksfälle verhütet werden. Wir wollen hoffen, daß die Graubenzger Baupolizei in Zukunft ein besseres Augenmerk auf die Mißstände im Baugewerbe und auf die jetzt gesetzlich bestehenden Bauarbeiter-Schutzvorrichtungen haben wird.

Hannau, Am Bau der Zuckerfabrik wurde der Kollege Otto Hoffmann durch die Schuld eines anderen Kollegen mit einem Pfeiler in die Tiefe gerissen. Der Verunglückte erlitt außer einigen Hautabschürfungen eine schwere Stirnwunde.

Nordensham, Sonnabend, den 6. Juli, ereignete sich in dem neuen Wägen auf dem Neubau des Unternehmers Pöchte ein schwerer Unfall. Maurer waren damit beschäftigt, mit einer Maschine Material aufzugeben. Da diese von dem Maurer nicht für genügend angesehen wurde, leitete er es dem Meister Pöchte mit, da dieser mitarbeitete und den Bau leitete. Dieser gab ihm aber zur Antwort: „Ich bin Meister, doch weiß ich selber; gib nur an!“ Als nun der Maurer Hampfle noch einmal anfragte, führte er mit samt der Maschine dem Arbeiter Wäbke, der unten stand, auf den Körper, so daß dieser einbrüche erlitt und die Knochen nach außen traten; ferner erlitt er schwere innere Verletzungen, so daß er bewußtlos nach dem Nordenshamer Krankenhaus geschafft werden mußte. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Hampfle erlitt schwere Verletzungen an Arm und Knien; er mußte ebenfalls von seinen Kollegen nach Hause gebracht werden. Dieses Unglück wäre nicht passiert, wenn die Maschine, statt zwischen zwei Aufrichtern, vor einem solchen gestanden hätte. Der Stuge Meister hatte nur einfach ein Stück Holz 5-10 auf der Balkenlage mit einem steingebälligen Nagel befestigt, und hieran die Maschine gehängt. Ein Kind kann sich denken, daß dieses nicht halten kann. Bei der amtlichen Untersuchung hat er erklärt, er hätte die Maschine noch mit einem Drahtband angebunden, was aber nicht der Fall ist. Hoffentlich wird diesem kühnen Meister die verdiente Strafe zu teil.

Waltershausen, Am 27. Juni brach der Kollege Konrad Bauer, der auf dem Zimmerplatz von Michael Zeichmüller in Dorndorf mit Wäben beschäftigt war, mit der Schaltung durch und stürzte drei Meter hoch ab. Starke Hautabschürfungen und eine klaffende Kopfwunde waren die Folgen davon. Schuld an dem Unfall waren die mangelhaften Untergerüstbühnen der Wäbenstellung.

Wethen, Am 12. Juni wurde der in einer Dingergrube arbeitende Kollege Kügel von einem herabfallenden Stein erheblich verletzt. Der Arzt konstatierte Quetschung des Rückgrats und beider Unterextremitäten. Das Herabfallen des Steines hätte der Vaucaus, der selbst handlangte, unvorsichtigerweise veranlaßt.

Werdau, Am Erwerbungsbaue des Fabrikbesthers Schröder in Neubitz-Werda, ausführender Baumeister Wöbbs, ereignete sich Freitag, den 5. Juli, Nachmittags 3 Uhr, ein Gerüststurz. Ein Arbeiter und ein Lehrling waren mit Kalkaufgeben beschäftigt. Auf dem Gerüst war ein Kalkblei angelegt, in das der Kalk vorläufig hineingeschüttet wurde. Infolge Ueberlastung brach der Kalkriegel und die Strichhänge durch und der Gombarbeiter, der Lehrling und der Vaucauspolier Wöbber, der nicht weit davon stand, stürzten 9 m tief auf das Hohlplaster, Gerüst und das Kalkblei hinterher. Der Gombarbeiter und der Vaucauspolier kamen mit leichten Verletzungen davon, wo hingegen der Lehrling sehr schwere Verletzungen erlitt, die seine Ueberführung in das Krankenhaus nötig machten; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Pflicht der Werdauer Maurer ist es, mehr darauf zu achten, daß nicht so leicht Leben und Gesundheit der Bauarbeiter aufs Spiel gesetzt werden; auch mehr es zu wünschen, daß der Vertreter der Berufsgenossenschaft mehr die Bauten kontrollieren möchte; denn in bezug auf Bauarbeiter-Schutz sieht es hier noch recht traurig aus. Ein Wunder ist es überhaupt, daß auf dem Schröderbaue Bau im vergangenen Winter nicht mehr passiert ist; denn da ging es unter dem Vaucauspolier Pöche herunter und drüber. Die Bauarbeiter-Schutzkommission mag es sich mehr angelegen sein lassen, die Fehler und Mängel festzustellen, um einmal mit der Gefahr aufzuräumen. Wenn die Schuld an diesem Unfall trifft, muß die Untersuchung ergeben, damit er zur Verantwortung gezogen werden kann. Uebrigens möchten wir wissen, was ein Kalkblei auf dem Gerüst zu suchen hat.

Wittenberg, Am Nachmittags 2. Juli waren die Zimmerer am Neubau der Gleisbahnen Sellenfabrik mit Balken aufgeben beschäftigt. Als man einen großen Untergerüstbühnen ungefähr 4 Meter in die Höhe gezogen hatte, riß plötzlich das Drahtseil. Der Balken trat hin in die Höhe beschäftigten Maurer Erdmanns Kopf und zerstückelte ihm den linken Unterarm, außerdem erlitt er schwere Quetschungen an der Schulter und an den Armen. Kopf wurde in die Kluft des Dr. Schmidt überführt werden. Ein Zimmerer kam mit leichten Verletzungen davon und konnte am anderen Tage die Arbeit wieder aufnehmen.

Vaucausfürz vor Gericht. In Gröbelingen stürzte am 19. September 1906 ein von dem Unternehmer Müller errichteter Neubau, ein zweistöckiges Wohnhaus, ein, wobei acht Personen zum Teil recht schwere Verletzungen erlitten. Wegen dieser Einzelfälle hatten sich der Unternehmer, Bauhülfsarbeiter Stoeckel und der Vaucaus Sippe vor der Strafkammer in Wremen zu verantworten. Als wahrscheinliche Ursache des Einsturzes ist die übertriebene Ausführung einer Trägerwand anzusehen, die auf dem lockeren Erdboden, ohne Fundamentierung, aufgesetzt wurde. Diese Wand, welche verbleibenden Trägern Auflage bieten sollte, hatte nur nur einen halben Stein stark gemacht. Später wurde man wohl auf diesen Fehler aufmerksam, statt nur aber die ganze Wand abzureißen und dann neu aufzuführen, begnügte man sich damit, noch einen halben Stein davor zu legen. Wie es immer zu sein pflegt, will der Unternehmer keine Zeit zur Ueberwachung gehabt haben; er machte dafür den Techniker, einen jungen Menschen von 21 Jahren, verantwortlich, der seinerseits wieder alles auf den Vaucaus abwälzte. Der Vaucaus brachte zu seiner Entschuldigung vor, daß er noch einen zweiten Bau zu beaufsichtigen gehabt hätte. Als er einige Risse im Keller bemerkte, hat er sofort nach dem Vaucaus telephoniert. Man war gerade beim Mischen, als das Unglück geschah. Die Sachverständigen führten den Einbruch auf die schlechte Anlage der bereits erwähnten Trägerwand zurück, einige fanden auch das Mischungsverhältnis des verwendeten Mörtels als zu schlecht. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Unternehmer einen Monat,

gegen den Techniker sechs Wochen und gegen den Polier drei Monate Gefängnis. Das Urteil lautete für den Unternehmer auf eine Woche, für den Polier auf drei Wochen Gefängnis und für den Techniker auf 400 Geldstrafe...

Die Arbeiten am Panamakanal sollen nach Meldungen englischer Zeitungen fast völlig stillstehen. In der Kanalzone soll der Zustand allgemeiner Verwirrung herrschen...

Aus anderen Berufen.

Metallarbeiterausperrung bei Krupp in Kiel. Auf der Krupp'schen Germania-Werft in Kiel sind etwa 2000 Arbeiter ausgesperrt worden, weil 170 Meter die Arbeit eingestellt hatten...

Aus dem Lager der politischen Gewerkschaften. Die nationalpolitischen Bestrebungen haben, wie bekannt, zur Folge gehabt, daß die politischen Agitatoren politische Gewerkschaften zu gründen begonnen haben...

Polizei und Gerichte.

Streitflünder. Die Unternehmer in Chemnitz können lachen, die sie bekämpfende Arbeiterschaft muß sich die Hände waschen lassen. Von sächsischen Behörden ist man es schon nicht mehr anders gewohnt...

Ein Streikbrecher ist für sein Gewerbe, was der Vertreter für sein Vaterland; beide können in unruhigen Zeiten einer Partei von Nutzen sein, in Friedenszeiten werden sie doch von allen in gleicher Weise verabscheut...

berurteilte das Gericht drei Streikende zu Gefängnis. Im ersten Falle hatte der Bauarbeiter Kling einigigen Streikbrechern zugehört, sie seien Sabelrumpen; er erhielt dafür 1 Monat Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Harnisch, gab zu, daß sich J. nach dem Gesetz strafbar gemacht habe...

Im zweiten Falle war der Bauarbeiter Kammer angeklagt, am 29. Mai auf der Refestage Arbeitswillige beleidigt zu haben. Er soll von dem Wallon eines einem Neubau gegenüberstehenden Hauses den Arbeitswilligen zugeufen haben, er werde ihnen den Schluß aufreißen und auf die Straße werfen...

Der dritte Fall spielte sich auf demselben Schauplatz ab. Hier war es der aus Chemnitz gebürtige Bauarbeiter Eugen Fritz Rippel, ein Stiefbruder R.S., der die Arbeits-

willigen beleidigt haben soll. Als um den Neubau eine Planke gebaut wurde, soll R. gesagt haben: „Ihr Streikbrecher, Ihr schwarzen Hunde, macht nur Euren Hirschkäse richtig zu. Meinemogen könnt Ihr arbeiten bis zum 15. und einige Tage später soll R. von dem oben erwähnten Wallon aus gleichfalls die Arbeitswilligen bestraft haben...

Einen noch schärferen Ausgang nahm eine Verhandlung vor der ersten Strafkammer des Chemnitzer Landgerichts. Hier hatten fünf Bauarbeiter und ein Maurer wegen verschiedener Delikte angeklagt. Am 27. Mai erlegte sich auf der Nordstraße eine Schühreiter zwischen diesen Reuten und einem Schuhmann. Der Schuhmann verhaftete einen Streikposten und die anderen Streikenden brängten den Verhafteten wieder frei...

Am 17. Juni kam vor dem Wieslacher Schöffengericht der Fall des Maurers Johann Rensch zur Verhandlung. Der Kollege wurde am 27. Mai in Unterjüngersdorf genommen, obwohl er in Wiesloch ansässig ist und selbstständig nie daran dachte, wegen der Unterjüngersdorf zugewandert. Als ob der Angeklagte die Möglichkeit gehabt hätte, auf die nützlichen Elemente einzuwirken, die ihn zur Anzeige gebracht hatten...

Verschiedenes.

Der vierte deutsche Gewerkschaftstag fand Mitte Juni in Düsseldorf statt. Ueber die erfreuliche, wenn auch noch lange nicht genügende Entwicklung des deutschen Gewerkschaftswesens haben wir bereits in Nr. 25 einige Mitteilungen gemacht. Was uns veranlaßt, über den Verlauf des Gewerkschaftstages zu schreiben, sind die dort zu Tage getretenen Differenzen zwischen den Gewerkschaftsvorständen und den Gewerkschaften, deren Mitglieder vornehmlich als gewerkschaftliche Arbeiter in Frage kommen...

Das war aber auch dringend notwendig; denn diese Arbeitsverhältnisse waren keineswegs so rosig, wie sie dem Außenstehenden erscheinen mochten. In einer Statistik, die der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1906 veröffentlichte, wird das klipp und klar nachgewiesen. Von den ihm angeschlossenen Vereinen wurden damals 9595 Personen beschäftigt, während die Statistik aber über die Arbeitsverhältnisse von 8611 Personen Auskunft gab...

und 1866 eine solche von mehr als 66 Stunden. Dabei ging es hinauf bis zu einer Arbeitszeit von 98 Stunden pro Woche. In mit dem Handlungsgeschäft zusammenhängenden Vereinen beteiligten Gewerkschaften nur 278 eingeschätzt. Obwohl bleibt noch viel in Bezug auf die Beschäftigung zu wünschen übrig. Von 1108 Verkäuferinnen besogen 2288 unter 4.50 pro Monat, was von gewerkschaftlichen Standpunkt aus entschieden als viel zu niedrig anzusehen ist...

Der Gewerkschaftstag erklärt: Gewerkschaftliche Lohn- und Arbeitsrate können nicht auf solchen Prinzipien aufgebaut werden, deren Durchführung bei den konkurrierenden Privatbetrieben noch in weiter Ferne liegt. Im eigenen Interesse müssen die Gewerkschaften das Streben ihrer Arbeiter und Angestellten wozu Erreichung solcher sozialwirtschaftlichen Ziele nach Kräften unterstützen und bemüht sein, aus eigener freier Entscheidung die aufgestellten prinzipiellen Forderungen in den gewerkschaftlichen Betrieben mehr und mehr zu verwirklichen...

Der Gewerkschaftstag muß es jedoch ablehnen, schon heute solche Forderungen zu realisieren, welche weit über das hinausgehen, was die Gewerkschaften bei den privaten Unternehmern verlangen und durchzusetzen vermögen, und durch welche unter den gegebenen Verhältnissen eine große Anzahl gewerkschaftlicher Betriebe konkurrenzunfähig gemacht und damit ihnen, sowie zugleich auch mit ihnen beschäftigten Personen, die Existenzmöglichkeit geraubt würde...

Zu dieser Resolution nimmt das „Korrespondenzblatt“ von dem Genosse Umbreit den Verhandlungen im Auftrage der Generalkommission beizuhören, wie folgt Stellung:

Diese Resolution unternimmt den durchaus verwehnten und nachteiligen Versuch, das Interesse der Gewerkschaften mit dem der konkurrierenden Privatbetriebe zu identifizieren und die Arbeiter auf Forderungen zu beschränken, die nicht bloß in der Privatwirtschaft durchführbar, sondern auch bereits tatsächlich durchgeführt sind, weil sonst die Konkurrenzfähigkeit der Konsumvereine gebremst würde. Das heißt in der Praxis nichts anderes, als das Niveau der Arbeitsverhältnisse herabzusetzen, um die Konkurrenzfähigkeit der Arbeiter zu proklamieren, denn um Kleinbetriebe handelt es sich vornehmlich bei der Konkurrenz. Unter solchen Voraussetzungen würde aber weder der gewerkschaftliche Wählerkreis, noch der Transportarbeiterkreis möglich gewesen sein, denn beide sind, wie nämlich hervorgehoben werden muß, auf anderen Prinzipien aufgebaut, nämlich auf den Grundfragen der vorwärtsstrebenden Gewerkschaft der Arbeiter, die vorbildliche, musterhafte Verhältnisse schaffen und verwirklichen will. Gemäß waren die Antragsteller dieser Resolution weit entfernt, namentlich die Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinen rückwärts in die Privatkonkurrenz anzupassen oder ihr bessere Entwicklung auch nur anzuhelfen. Sie wollten nur, daß bei gewerkschaftlichen Forderungen Rücksicht auf die kleineren, schwächeren Vereine genommen und diesen die Existenz nicht unmöglich gemacht werde. Aber abgesehen davon, daß an fortschrittlichen Betrieben und Arbeitsverhältnissen noch kein Konsumverein einzugrunde gegangen ist, und daß dies am allerwenigsten befürchtet werden kann bei einer Regelung von Organisation, die sich sicherlich der Rücksichtnahme auf das Wohl der einzelnen Glieder nicht entziehen wird, muß die allgemeine Proklamation solcher Grundzüge, wie sie die Resolution enthält, — und als grundrichtig, also allgemein-geltend bezeichnete sie der Meineren ausdrücklichen, — rückwärts abgeleitete Konsumvereinsverwaltungen in ihrem absehbaren Verhalten gegen jede tarifliche Regelung geradezu befehlen. Und zwar trifft dies nicht bloß auf den Rücksicht auf den Tarif, deren Schwierigkeiten wir durchaus nicht verkennen, sondern auch auf die bereits von Verband zu Verband vereinbarten Tarife, deren Anerkennung bei manchen Konsumvereinen schlechterdings nicht zu erreichen ist. Darf man solchen Vereinen nun „Grundzüge“ an die Hand geben, die sie benutzen werden, um sich ihrer gewerkschaftlichen Pflichten zu entziehen oder entledigen?

Das ist vollständig richtig geurteilt. In den Konsumvereinen steckt noch viel reaktionärer Auffassung des Arbeitsverhältnisses, die nur durch allseitigen Druck zu verdrängen ist. Diesen Elementen wird durch die Resolution v. Stund der Rücken gestärkt werden; wir sind überzeugt, daß der Vater dieser Resolution wird sein Kind dereinst selber mit umbringen müssen. Nach Annahme der Resolution war es nur konsequent, daß der Gewerkschaftstag die beim Neuaufbau des Wählerkreises schon vereinbarten Verbesserungen unter dem Tisch fallen ließ, worauf der Vertreter des Wählerverbandes erklärte, daß seine Organisation namentlich auf einen Tarifabschluß verzichte. Damit fiel auch das Tarifat, da der Zentralverband der Konsumvereine nun nur noch mit den Transportarbeitern im Vertragsverhältnis steht.

Der Verlauf des Gewerkschaftstages wird manche frohe Hoffnung zerstreut haben, die sich an dem raschen Vormarsch geknüpft hatte; denn wenn sich diese Bewegung so wenig von den Ideen der Arbeiterbewegung durchdrungen zeigt, was bietet sie uns da noch besonders? So wird mancher Arbeiter denken und die Sympathie für die Gewerkschaften wird nicht größer dadurch werden. Und wenn man dann liest, daß man, nachdem die Lohnzulagen für die Wähler abgelehnt waren, den Direktoren, oder wie die Herren zu titulieren sind, M. 12000 Gehalt bewilligt hat, wird mancher mit Recht

sagen, daß unsere Genossenschaften noch recht viel von dem vermissen lassen, was man als soziales Verständnis zu bezeichnen pflegt. Es wäre allerdings verkehrt, daraus den Schluß zu ziehen, nimmere die Genossenschaften links liegen zu lassen. Nein, das darf man nicht. Für uns gewerkschaftlich organisierte Arbeiter heißt es nach wie vor: Hinein in die Konjunktur! Dort haben wir dann in unserem, im echt gewerkschaftlichem Sinne zu wirken.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Süßhardt, Paul Singer), Heft 40 des 25. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Nevada. Von F. Wehring. — Das Einwanderungsproblem in den Vereinigten Staaten. Von Morris Hillquit (New York). — Blinderhündel. Von W. Düwell. — Ein modernes Mineta. Von Richard Wagner.

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen, von Paul Hirsch. Zweite, völlig umgeänderte und vermehrte Auflage. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Broschiert M. 2, gebunden M. 2,50.

Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland. Unter diesem Titel hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes ein Buch herausgegeben, in dem die Entstehung und Entwicklung der Maifeier an der Hand von Kongress- und Generalversammlungsberichten usw. geschildert wird.

Der „Wahre Jacob“, Nummer 14 des 24. Jahrganges. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Sodoms Ende“ und „Gottscheer Kieder“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 ¢.

„Die Neue Gesellschaft“ (Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Verlag: Berlin NW 6, Charitestr. 3, Verbandshaus des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Preis für das Einzelheft 10 ¢. Probehefte kostenlos). Heft 2 des 5. Bandes. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Baumwollener Ludwig Genth: Groß-Berlin am Groß-Schiffahrtsweg Berlin-Stettin. — Wilhelm Schröder: Gewerkschaften und Konjunkturverläufe. — Max Maurenbrecher: Der Arbeiter und die Kirche. — Gewerkschaftliche Umjahre. — Lily Braun: Die Ehe auf der Anklagebank.

Briefkasten.

Frankenberg i. S. Der angeblich abgeschandte Bericht ist uns nicht in die Hände gekommen.

Ebenoben, S. W. Die uns zugegangenen Ausschnitte reichen nicht aus, um Ihren Wünschen die gebührende Beachtung zu teil werden zu lassen, wir können ja noch nicht einmal sehen, was es für eine Zeitung war, resp. welcher Parteirichtung sie sich zurechnet. Der Vorwurf des Terrorismus kann uns doch gar nicht irritieren, wenn es darauf ankommt, so ist doch dem bürgerlichen Preßgeschmeck bald das freche Maul zu stoßen. Lediglich ist diese Begeisterung immer ein schönes Zeichen für die Organisation; denn sie beweist, daß wir stark geworden sind und daß uns die Ausbeuter fürchten. Und das sollen sie doch auch.

Forst i. d. L., K. F. Die Versammlungsanzeige muß jedesmal zu der Nummer, in der sie veröffentlicht werden soll, eingeleitet werden.

Neerhof, C. A. Wir können Ihnen keine Auskunft geben.

Torgau, S. Der Bericht wäre allerdings schon früher abgedruckt worden, wenn wir gewußt hätten, zu welchem Zweigverein Rosenfeld gehörte; denn es gibt fünf Eiedelungen dieses Namens. Wäre der Zweigvereinstempel ausgedruckt gewesen, so hätte es der Annahme garricht bedurft. Wir bitten das für die Zukunft zu beachten.

Lochau. In der Versammlungsanzeige war der Tag nicht angegeben, an dem die Versammlung tagen soll; wir haben sie deswegen auch nicht aufgenommen.

Zittau. Wir erwarten den in Aussicht gestellten näheren Bericht.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Freiburg i. Baden.

Die Wohnung des ersten Vorsitzenden Kurt Raab befindet sich Gönzstr. 17.

Die Wohnung des Kassierers Joseph Rappender befindet sich Brombergstr. 13. [M. 2,40]

Büreaustunden: Vertlags von 7 bis 9 Uhr Abends. Sonntags von 9 bis 12 Uhr Vormittags. Der Vorstand.

Göttingen.

Der Zweigvereinskassierer August Meige wohnt vom 8. Juli an Angerstr. 3a, 3. Et., r. [M. 1,20]

Landau i. d. Pfalz.

Der Zweigvereinskassierer Nikolaus Stein wohnt vom 1. Juli an Rheinstr. 2a. [M. 1,20]

Liegnitz.

Die Wohnung des Kassierers Adolf Babneke ist vom 15. Juli an: Wilhelmstr. 43, 4. Et. [M. 1,50] Der Vorstand.

Kollegen, die den Aufenthalt des Mitgliedes Aug. Birk aus Dohheim, Verb.-Nr. 48 158 kennen, werden gebeten, dem Unterzeichneten dies sofort mitzuteilen. Zweigvereinskassierer werden vor demselben gewart. [M. 1,50] Emil Prehm, Stendal, Osterburgerstr. 104, ptr.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beilei kostet 15 ¢.)

Breslau. Am 30. Juni starb unser Kollege Wilhelm Wippich im Alter von 58 Jahren an Magenkrebs. Berlin. Am 3. Juli starb unser Verbandskollege Emil Knatz im Alter von 46 Jahren an Magenkrebs. Caputh. Am 8. Juli, letzte der Verbandskollege Karl Dalchow sen. im 67. Jahre seinem Leben selbst ein Ziel.

Cüstrin. Am 29. Juni starb unser Kollege Wilhelm Hilsberg an Magenleiden.

Frauturi a. d. Ober. Am 30. Juni starb unser Verbandskollege August Hühwisch aus Lössow im Alter von 57 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Am 3. Juli starb plötzlich unser Verbandskollege Hugo Hünze im Alter von 49 Jahren infolge eines Unglücksfalles.

Gottsb. Am 6. Juli starb unser treuer Verbandskollege und Mitbegründer des hiesigen Zweigvereins Albert Banke im Alter von 42 Jahren infolge eines Unfalles.

Hannover. Am 24. Juni starb unser Kollege Erdmann Wille im Alter von 56 Jahren an Schlaganfall.

Karlruhe. (Leopoldshafen). Am 28. Juni starb unser treuer Verbandskollege Adolf Westenfelder im Alter von 28 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Langen. Am 3. Juli starb unser treuer Kollege Ernst Umstädter im Alter von 68 Jahren an Schlaganfall.

Merseburg. Am 29. Juni starb unser Verbandskollege Gustav Schmidt aus Mücheln im Alter von 86 Jahren an Schwindsucht.

München. Am 22. Juni starb unser Kollege Josef Hebauer im Alter von 89 Jahren an der Proletarierkrankheit. (Schwabing.) Am 27. Juni starb nach kurzer Krankheit unser Kollege Georg Reintaler im Alter von 40 Jahren an Blutvergiftung.

Reumünster. Freiwillig aus dem Leben geschieden ist am 27. Juni unser langjähriges Mitglied Karl Behnke im Alter von 61 Jahren.

Drantsburg. Am 5. Juli starb unser Verbandsmitglied Ernst Ninow aus Friedrichshtal im Alter von 18 Jahren an Herzschlag.

Regensburg. Am 1. Juli fand unser Kollege Michel Scheinrab im Alter von 28 Jahren seinen Tod durch Ertrinken in der Donau.

Rinteln. Am 5. Juli starb plötzlich unser treuer Verbandskollege Wilhelm Wente aus Engern im Alter von 43 Jahren in Göttingen infolge einer Operation an Magenkrebs.

Seesen. Am 7. Juli starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege Wilhelm Meissner im Alter von 28 Jahren an Lungenschwindsucht. Ehre ihrem Andenken!

Gerthe-Holthausen.

Sonntag, 21. Juli, Nachm. 4 Uhr:

Erstes Stiftungsfest

im Lokale des Herrn Friedr. Paschhof, Harpen, bestehend in Konzert, Theater und Ball. Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

Graudenz.

Sonnabend, den 13. Juli, Abends 8 Uhr:

Siebtes Stiftungsfest

im „Schwan“, bestehend in Gesangsvorträgen, Theater und Festball. Die Kollegen von Graudenz und Umgebung werden freundlichst eingeladen, um uns zahlreiche Beteiligung zu geben. [M. 3,30] Der Vorstand.

Sangerhausen.

Sonnabend, den 20. Juli, Abends 8 Uhr:

Neuntes Stiftungsfest

im Saale der „Schweizerhütte“, bestehend in Konzert und Ball. Festrede. [M. 3,90] gehalten vom Gauvorsitzenden Kollegen Jul. Koch, Magdeburg. Sämtliche Kollegen von Sangerhausen und Umgebung sind hierzu freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

Hamm.

Sonntag, den 14. Juli, Nachm. 4 Uhr:

Zehnjähriges Stiftungsfest

im Lokale des Herrn Höner, Königsr. 34, unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins und der Freien Turnerschaft Hamm, bestehend in Konzert, Preisschlessen, Würfeln, Gesang und humoristischen Vorträgen und darauffolgendem Festball. Herrenarten im Vorverkauf 40 ¢, an der Kasse 50 ¢. Damen frei. [M. 4,80] Das Festkomitee.

Crefeld.

Sonntag, den 21. Juli, Nachm. 3 Uhr:

Behntes Stiftungsfest

im Etablissement „Haus Schönwasser“ (Oppum) bestehend in Vokal- und Instrumental-Konzert, Gesangsvorträgen, Reigenfahrten, allerlei Festspielen für Jung und Alt, Kinderfakelzug usw. Zum Schluß: Geschlossener Festball. Der Arbeiter-Gesangsverein „Zukunft“, Bochum, und der Arbeiter-Blasorchesterklub, Crefeld, haben ihre Mitwirkung freundlichst zugesagt. Sämtliche Kollegen von Crefeld und den umliegenden Zweigvereinen sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 5,40] Das Festkomitee.

Sorau i. N.-L.

Sonntag, den 14. Juli, Nachm. 3 Uhr:

Vogelschießen

mit darauffolgendem Canzkränzchen im Flora-Etablissement. Alle Kollegen von Sorau und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Visselhövede i. Hann.

Sonntag, den 21. Juli:

BALL

im Saale des Herrn Voigt. Alle Kollegen, auch die der umliegenden Zweigvereine, sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu bejahren.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 13. Juli.

Abends 8 Uhr im „Wintergarten Harmonie“, L.-D.: 1. Vortrag des Genossen Sautzfer. 2. Abrechnung.

Sonntag, den 14. Juli.

Delitzsch. Nachm. 3 Uhr im „Eidenhof“.

Oriental. Nachm. 3 Uhr bei Schumann. Referent aus Berlin anwesend.

Oranienburg. Nachm. 3 Uhr bei Emil Geis. Wichtige Tagesordnung.

Probstzella. Nachm. 3 Uhr bei Emil Geis. Wichtige Tagesordnung: 1. Rollenbericht 2. Bericht vom der Deutschen Zentrale.

Werder a. d. H. Nachm. 3 Uhr bei Kurt H. 1. Rollenbericht 2. Bericht vom der Deutschen Zentrale.

Zehdenick. Nachm. 3 Uhr in Kurt H. 1. Rollenbericht 2. Bericht vom der Deutschen Zentrale.

Dienstag, den 16. Juli.

Liegnitz. Abends 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Neusalz. Abends 6 Uhr im „Deutschen Kaiser“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Mittwoch, den 17. Juli.

Berlin. (Gruppe: Rabispänner.) Abends 6 1/2 Uhr bei Sammasch, Julestr. 10.

Schmalkalden. In Neurers Restaurant. Wichtige Tagesordnung.

Donnerstag, den 18. Juli.

Grünberg i. Schl. Abends 6 1/2 Uhr in Adams Lokal.

Waldheim. Abends 6 1/2 Uhr im Restaurant „Grüne Türe“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonnabend, den 20. Juli.

Aken. Abends 6 1/2 Uhr.

Sonntag, den 21. Juli.

Allstedt. Im „Gasthof zum Anker“. Wichtigste Tagesordnung.

Belgern. Nachm. 3 Uhr bei Bräutigam.

Berlin. (Gruppe: Rementiere.) Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 16, Saal I.

Berlin. Nachm. 3 Uhr in der Wohnung des Kollegen Ernst Müller in Jessen, Schloßweg. L.-D.: Verhandlung.

Öffentliche Maurerversammlung.

Dienstag, den 16. Juli.

Eisleben. Abends 8 Uhr im „Hörgergarten“.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 14. Juli.

Oriental. Nachm. 4 Uhr im Vorkesselfest.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn. Abends 8 Uhr im Lokal-Schiff, Odönover.

Mittwoch, den 17. Juli.

Wessensee. Abends 8 Uhr im Rosenlokal. Bericht vom zweiten Quartel und Wahl des Kassierers.

Sonnabend, den 20. Juli.

Spandau. Abends 8 Uhr bei Böhm, Lindenstr. 17. Abrechnung vom zweiten Quartal. Verschiedenes.

Sonntag, den 21. Juli.

München. Vorm. 10 Uhr im „Gambit“, Sendlingerstr. 19.

Sonntag, den 28. Juli.

Reinickendorf. Vorm. 9 1/2 Uhr bei Hermann, Westend- und Götterstr. 60. — Die Hilfszelle für den Band und Kantentasse für die Orte Hummelburg und Viehagen befindet sich vom Sonnabend, den 18. Juli, an bei Häuer, Köpferstr. 29, Götterstr. 60.

Druck: Hamburiger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.